

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementsspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierfjähdig. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Ausgabe: Bwingergasse 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bwingergasse 21. Telefon 1769.
Mitschriften von 8 Uhr bis spätestens die 7 Uhr.

Inserats werden die 6 gespaltene Petritzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinbarungen 20 Pf. Quotrate müssen bis spätestens $\frac{1}{2}$, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraud zu beschließen. — **Kontaktieren: Dr. H. D. Schmid, Postfach 100, 8000 Zürich.**

Mr. 125

Dresden, Dienstag den 2. Juni 1908

19 Nazra

Das galizische Mordregime und die Sozialdemokratie

Bei unserem Correspondenzen.

-th- Der Bauernmord von Czernowitz verdient, daß man ihn noch einmal und mit genauerem Eingehen auf die Tatsachen bespreche. Er bietet das typische Beispiel der galizischen Bauernpolitik, an dem das Ausland am besten sich anschaulich machen kann, was unter der Herrschaft der polnischen Jünger heute noch möglich ist. Und daß es Russland in ihm wohlanrufen. Es gilt hier wie vielfach von der Paschawirtschaft der russischen Gouverneure: Die öffentliche Schande kann vielleicht Mittel der Hilfe und Bändigung bieten.

und Bändigung bieten.

Die sozialdemokratische ruthenische Abgeordnete, Withe und Ostapczuk (der Abgeordnete des Wahlkreises, zu dem Czernichow gehört), und der radikale ruthenische Abgeordnete Taczynski haben sich an den Ort der blutigen Ereignisse begeben; nach dem, was sie festgestellt und protokollarisch mitgenommen haben, wollen wir hier die Darstellung geben. Zunächst von dem Unfasse der ungeheuren Tat. Das galizische Fischereigesetz, 1887 erlassen, gehört zu den Maßnahmen, mit denen die Schlachtia die Agrarangelegenheit der fünfzigter Jahre zu ihren Gunsten korrigiert hat. Bis zum Jahre 1887 galt das sogenannte frei oder wilde Fischereirecht, und eine beträchtliche Anzahl Bauern lebte ausschließlich von diesem Erwerbszweig. Das Schlachtfischengesetz teilt die Gewässer in sogenannte Fischereireviere. Die Gemeinden sind von der Wachtung ausgeschlossen. Die Reviere werden in der Regel an Großgrundbesitzer und an Spekulanten gegen einen minimalen Bins verpachtet. Dieser Bins soll dann an die Gemeinden und Gütekämme nach Maßgabe der Länge des durchfließenden Gewässers verteilt werden, wobei aber die „durch Erfüllung erworbenen Fischereirechte“ zu berücksichtigen sind. Die Wirkung hiervon in der Praxis ist, daß den Großgrundbesitzern, „weil sie das Fischen vorher mit besseren Werkzeugen ausgeübt haben“, entweder die ausschließliche Fischerei beigefügt als Recht zuerkannt oder aber in geheim gehaltener statischer öffentlicher Versteigerung das Öffert des Großgrundbesitzers als das „beste“ angenommen wird, obwohl der angebotene Bins oft bloß 3 bis 10 Kronen beträgt. Bei der Verteilung des Binses werden die Gemeinden dann noch einmal bevorrechtigt. Beschwert sich der mitkonkurrirende Bauer, so sagt das Gericht: nur die Gemeinde habe das Beschwerderecht; beschwert sich die Gemeinde: die Bauern hätten einzeln die Fischerei ausübt, sie und nicht die Gesamtheit könnten allenfalls „durch Erfüllung erworbane Rechte“ einwenden. Es ist dieselbe finstere Methode, nach der die polnische Schlachtia den ruthenischen Bauern auch die Gemeindewälder und Gemeindeanger geraubt hat: mit Hilfe von Landesgesetzen und Urteilen seiller Gerichte.

Der Czernichower Fall zeigt all dies in besonderer Prägnanz. Graf Rostkowksi bekam von dem Bezirksausscha von Tarnopol die Fischerei zugesprochen, wiewohl der Bauer Trzarewitzki, als Strohmann der Gemeinde, doch höhere Angebote getan hatte. Und als sich dann der heutige Abgeordnete des Wahlkreises, Genosse Ostapczuk, beim Bezirkshauptmann beschwerte, antwortete dieser: „Ich habe das Angebot des Herrn Grafen angenommen, weil er eine größere Sicherheit gibt, daß er besser wirtschaften wird.“ Nun ist aber das bezeichnendste an der Sache, daß der Bezirkshauptmann den Zuschlag nie veröffentlicht hat, und daß auch Rostkowksi, solange er auf die Wählerstimmen von Czernichow spezialisierte, sein „gewonnenes Recht“ nicht ausüben ließ, fischten die Bauern, im guten Glauben berechtigt zu sein, ruhig und ungestört weiter. Erst als der Graf bei der Reichsdeuts. wie bei der Bezirksvorstellungswahl durchgesetzt war, rückte er mit seinem „Pachtvertrag“ hervor, um Nach zu üben. Was Wunder, daß die Bauern an seine Fischereirechte nicht glauben wollten! Wie sehr es sich um eine rein politische Maßnahme handelt, wird dadurch um so sichtbarer, daß der Graf, Besitzer von sechs Gütern und außerordentlich reich, auf das Fischen im Sereth, der lauter minderwertiges Wasser, lächerlich wenig Gewicht legen konnte.

wertige Fische führte, wenig Gewicht legen konnte.
Auf welche Weise ist nun das Entsetzliche geschehen?
Nach den Feststellungen der drei genannten Abgeordneten
wusch die Bäuerin Thella Przykulak an dem Ufer des
Serej, neben ihr stand ihr Söhnchen Semko und sang Fische.
Dann trat der Förster des Grafen, Alfred Kirschner, be-
gleitet von drei Gendarmen, auf die beiden zu, riß dem Jungen
die Angel weg und nahm die Mutter in Haft. Mit Schreien
wurde das arme Weib ins Gemeindehaus getrieben.
Ihr Geschrei lockte die Dorfeinwohnerchaft herbei. Es waren
aber weder „Zausende“, wie die polnischen Blätter liegen,
denn Czernichów zählt bloß 1500 Einwohner, und überdies
waren die Männer größtenteils in der Arbeit außerhalb des
Dorfes, so daß die aus etwa 150 Menschen bestehende Menge
sich vornehmlich aus Weibern, Kindern und alten Leuten zu-
ammen setzte. Der Förster führte die Przykulak in das Ge-
meindehaus, drinnen blieben die Gendarmen. Die Menge
verlangte den Gemeindevorstand zu sprechen, der sich aber ver-
leugnen ließ. Da ging der zwölfjährige Knabe
Salo in den Garten, um durch ein Seitenfenster ins Innere

hineinzugucken, wo der Gemeindevorsteher wohl wäre. In dem Augenblick frachte von innen durchs Fenster ein Schuß. Das Kind sank tot zu Boden. Aus dem Schädel quoll ihm das Hirn heraus. Und unmittelbar nad

digsem Schusse fielen die drei Salven der Gendarmen.
Die drei genannten Abgeordneten haben über die Ursache des Gemehels folgendes erhoben: Erstens, daß kein Angriff vorangegangen ist. Nicht ein Stückchen Lünche von der Mauer des Gemeindehauses ist abgeschlagen, von den Scheiben ist nur diejenige zertrümmert, durch die der Schuß des Hörslers fiel. „Die Menge.“ erklärt Genosse Witus in seinem Telegramm an die Arbeiterzeitung, „verhielt sich ganz ruhig, sie war absolut nicht aggressiv, sie begrehte den Gemeindevorstand zu sprechen, damit er erläutere, wessen Eigentum in der Stuhl sei. Ich habe eine ganze Reihe Zeugen, die es unter Eid bestätigen wird, daß der erste Schuß aus dem Hause fiel, der den zwölfjährigen Lalak tötete. Von einer Fabrik, die angeblich gehützt wurde, womit die Lügenpresse beweisen will, daß es eine vorbereitete Demonstration war, weiß niemand etwas. Dagegen steht fest, daß die Leute unbewaffnet waren und daß die Weiber mit ihren Arbeitsförben erschienen.“ Als weitere Bestätigung dieser Angaben dient das Ergebnis der Obduktion: daß der Knabe Lalak von einem Schot schuß in den Kopf getroffen war, ebenso drei von den fünfzehn Verwundeten, wonach sowohl bewiesen ist, daß der Hörsler des Grafen den ersten Schuß abgegeben, als daß er weiterhin „mitgefämpft“ hat.

Zweitens ist festgestellt, daß die Gendarmen, bevor sie schossen, weder, wie vorgedacht war, die Aufforderung zum Auseinandergehen aussprachen, noch die Vojonette benutzten; sie begnügten sich damit, die Bauerntöchter zu beschimpfen: „Geh! Luder! Geh!, Hundsbieb, sonst schieß ich.“ Sämtliche Schüsse, mit Ausnahme eines einzigen, trafen von hinten; es wurde also auf die liegenden Menschen geschossen. „Die Bauern erzählten,“ schreibt Genosse Wituf, „daß bei der getöteten hoch schwangeren Frau das Kind sich im Schoße bewegte. Wäre sie rechtzeitig operiert worden, so hätte das Kind gerettet werden können.“ Man ließ die Toten jedoch liegen und kümmerte sich nicht um sie. Dagegen trugen in der folgenden Nacht die Kinder des Ortsvorsteher Steine und Holzstücke in die Gemeindestube, die als Beweismittel für den „gefährlichen Angriff“ der Bauern dienen sollen. Das gestanden später die Kinder den drei Abgeordneten selbst ein. „Ich habe,“ schreibt Wituf, „den Gemeindesvorsteher aufgesucht und ihm das Eingeständnis seiner Kinder vorgehalten. Er wußte darauf nichts anderes zu antworten, als: „Wir werden sehen, ob sie darauf schwören werden!“ Direkt es zu bestreiten, wagte er nicht.“ Damit der würdige Abschluß nicht fehle, fungierten die Gendarmen mit aufgespanntem Vojonett — die Mörder beim Be- „Kriegs- und Friedenszeit“ — als Männer der Ordnung und

Der Rest ist Verleumdung! Die Schachthützenpresse, deren Schilderungen die Wiener bürgerlichen Blätter aus Indolenz folgten, behauptete, durch Spezialkorrespondenten die Schuld der Bauern nachgewiesen zu haben. Die drei genannten Abgeordneten stellten nun fest, daß überhaupt kein polnischer Spezialkorrespondent den Ort betreten hat, in Czernichow waren bloß drei Blätter durch Korrespondenten vertreten; der polnisch-sozialdemokratische Glos, das ruthenisch-nationalen Dilo (die sich beide der armen Bauern tapfer annahmen und deshalb Rummer für Rummer konfisziert wurden) und die Wiener Arbeiterzeitung. Die bürgerliche polnische Presse aber bezog ihre „Nachrichten“ von einem Konzeptionspraktikanten der Besitzshauptmannschaft, der die Rapporte der schuldigen Gendarmen wiedergab. Aus Rache für diese Enthüllung beschuldigen jetzt die bürgerlich-polnischen Blätter den sozialdemokratischen Abgeordneten des Wahlkreises Ostapczuk, er habe „daß Gemüsel organisiert“, die „ruthenischen Bauern zum Überfall auf die Gendarmen“ bewogen. Fahnen mit ruthenischen Nationalfarben und Trauerautos vorbereitet: alles, um für seine Rede über das Fischereigesetz, die er vorige Woche im Parlamente hielt, „das nötige Blut der Toten und Verwundeten“ zu beschaffen. „Das blutige Ereignis wurde bestellt und zur Zeit geliefert, wie man eine bestellte Torte liefert.“ Auf diesen Verdacht, der sozialdemokratischen Partei die Schuld an dem Czernichower Mord zuschließen, antwortet Genosse Ostapczuk, daß überhaupt keine Fahnen bei dem Auslaufen der Bauern aufgestellt wurden. „In Czernichow,“ sagt der Abgeordnete, „habe ich keine einzige Stimme bei der Wahl erhalten (die Bauern hatten ruthenisch-national gestimmt). Ich war in Czernichow in meinem Leben überhaupt nur einmal, nämlich als Kandidat im Mai 1907. Daraus ergibt sich, wie sehr ich gerade in Czernichow eine Revolution anstreben könnte. Selbstverständlich fühle ich mich trotzdem als legaler Vertreter dieser armen und unglücklichen Gemeinde und ich werde diese auch in Zukunft immer schützen.“

Das ist die Geschichte des Blutsbades von Czernowitz. Wird es keine Sühne finden? Mit dem Polenslub sind die Christlichsozialen und die Tschechen verbündet, und die Regierung braucht ihn als integrierenden Bestandteil ihrer Majorität. Hat doch erst vor wenigen Tagen der Minister des Innern, Binnerth, in einer schmooischen Rede die Untaten der galizischen Verwaltung verteidigt und die unerträlichen Revolutionserfolge der rathausindigen "Bevölkerung" mit Verfolgung bedroht; und dies nach der machtvollen Rede, in der der polnische Sozialdemokrat Tassanowski mit dem ganzen Aufgebot seiner oratorischen Gewalt das freche Treiben der Schläche und ihrer Beamten geißelt und geißelt hatte. Allein, je erfolgreicher die Presse des Polenslub mit offizieller Hilfe und dank der Freundschaft der tschechisch-bürgerlichen und der gleichgültigen Unwissenheit der deutsch-bürgerlichen Blätter Österreichs die öffentliche Meinung falsst, um so notwendiger ist, die Stimme des galizischen Blut- und Morde regiments über die Grenzen hinauszu treten, denn die Schläche hat schon um ihrer Politik im Preußen und Polen willen allen Grund, auf die Stimme des Auslands zu achten.

Das Wahlfeld von Groß-Berlin.

Auf Berlin wird und gefärbt:

Unter den Orten, in denen die Wähler des 3. Zimts der Sozialdemokratie möglicherweise auch einen positiven Mandatserfolg bringen können, sieht natürlich Berlin als die größte Industriestadt des Staates in erster Reihe. Berlin selbst zerfällt in zwölf Wahlkreise, von diesen gelten der 5. (Südliche Luisenstadt), der 7. (nördliches Kreuzauer- und Königsviertel), der 9. (Moselethal Vorstadt, Gesundbrunnen) und der 11. (Gesundbrunnen, Wedding) als diejenigen, in denen der Kampf am lebhaftesten entbrennen wird und der Ausgang am zweifelhaftesten ist. Hier kandidieren für die freisinnige Volkspartei Goldschmidt, Dr. Weigert, Nestor Maehler und Schöler. Die sozialdemokratische Organisation hat für die Berliner Kreise im einzelnen noch keine bestimmten Kandidaten aufgestellt, sondern nur eine abwechselnde Liste, nach derer Reihenfolge die etwa gewonnenen Kreise zu verteilen wären. Die ersten vier dieser Liste sind die Genossen Dr. Karl Liebknecht,

In keinem der vier Berliner Kreise, die von der Sozialdemokratie ernstlich bestritten werden, haben die Konservativen oder die Nationalliberalen Kandidaten aufgestellt. Ueberall steht der Block geschlossen zusammen, um das Eindringen der Sozialdemokratie in das Dreiklassenparlament zu verhindern. Auch im 3., 4., 6., 8. und 10. Kreis wird sich der Kreisinn als reaktionärer Wünschelrabe nur mit der Sozialdemokratie zu messen haben. Dagegen sind im 1., 2. und 12. Kreis konervative Kandidaturen aufgetaucht. Nur die Nationalliberalen kandidiert der bekannte Schriftstelleragent Leidig im 12.

Unter den Vorortkreisen gilt Schöneberg-Friedrichshain für die Sozialdemokratie als nicht ganz aussichtslos. Hier kandidiert Genosse Lebedow, sein Hauptgegner ist der freisinnige Volksparteier Reinbacher, außerdem gibt es noch einen konservativen, einen nationalliberalen und einen sozialliberalen Höhlfkandidaten.

In Charlottenburg kandidiert für den Freisinn Professor v. Liszt. Hier gibt es außer dem sozialdemokratischen auch einen freikonservativen und einen nationalliberalen Gegenkandidaten.

Toll liegen die Dinge in den drei- resp. zweimännigen Wahlkreisen Ober- und Niederdarwin und Teltow-Beeskow. In Paretz kandidieren außer den drei Sozialdemokraten zwei Konservative und ein Arbeiterkämpfer zusammen, drei Nationalliberale und drei linke liberale Freisinnkandidaten. In Teltow-Beeskow: ein Volksparteier und ein Nationalliberaler zusammen, zwei Konservative, zwei bürgerliche Demokraten

Deutsches Reich

Activities

München, 1. Juni. Wie die Münchner Rechtsanwaltschaft melden, erscheint es ausgeschlossen, daß die Untersuchung gegen den Fürsten Eulenburg noch in dieser Woche abgeschlossen werden kann. Der nach Berlin zurückgekehrte Untersuchungsrichter hat die vernichtung einer Reihe weiterer in München wohnender Zeugen für nötig befunden und sie an einen Münchner Richter überstellt. Sie erfolgt im Laufe dieser Woche.

Die neue Gründungsfeier.

Die Nordde. Allg. Zeitung schreibt:

Seitens der Reichstagabgeordneten Dr. Erbgerter und Dr. Güdehus ist in der Reichstagssitzung vom 30. März er und später ein Gerichtliches Erwähnung geben werden, wonach die Firma Krupp nach 1870/71 von der preußischen Kronenfideikommisverwaltung einen Vorlade zur Betriebsverweiterung erhalten habe, der noch nicht juristisch geprüft werden sei und noch zeigt die Untersuchung für eine relativ hohe Gewinnbeteiligung des

zu führen ist, wenn die Mitglieder der Artillerieprüfungskommission sich zu einer Art von Segnung von Krupp verpflichtet erwarteten. Die letzte Behauptung hat der Vertreter des Kriegsministeriums alsbald in derselben Sitzung als eine unbemerkte und unvermeidbare Behauptung zurückgewiesen. Nachdem verschiedene Zeitungen aber bis in die letzte Zeit auf die Angelegenheit zurückgekommen sind, erscheint es geboten, auch hinsichtlich des ersten Teiles des Gerüchtes hiermit festzustellen, daß der Firma Krupp niemals wieder vor noch nach dem Kriege 1870/71 irgendeine finanzielle Unterstützung seitens des Kronenkomites oder sonst aus königlichen Privatfonds zu teil gewesen ist und daß die Fonds niemals mit irgend einem Kapitalstrafe am dem Kruppschen Werke beteiligt gewesen sind.

Es ist recht unwahrscheinlich, daß die neue Kruppsäure mit diesem aussöllend verpassten Dementi ihr Ende finden wird.

Die Gerüchte, die von den Abg. Südlum und Erbberger im Reichstag erwähnt wurden, werden schon seit Jahren in den verschiedensten Kreisen fortwährend und treten auch mitunter in erheblich anderer Form auf als jener, in welcher sie dem Reichstag zu Gehör gebracht wurden. Das offiziöse Dementi kommt wohl zu spät und ist zu ungeschickt, um sie verstummen zu machen. War der Reichskanzler dazu in der Lage, so hat er zweifellos seine Pflicht versäumt, wenn er nicht noch vor Schluss des Reichstags die Gelegenheit wahrnahm zu erklären, daß zwischen der Firma Krupp und der Krone keine wie immer gearteten finanziellen Beziehungen bestanden. Ob die Erklärung nicht abgegeben wurde, sondern vielmehr die Nord. Abg. Ztg. jetzt auf einmal, da kein Mensch von der Sache spricht, mit der Vertheidigung kommt, es gebe keine Kapitalbeteiligung der Krone bei Krupp, ist seltsam. Noch seltsamer, daß sie von einer finanziellen Unterstützung der Firma Krupp durch die Krone redet. Damit bestreitet sie etwas, was keinen Menschen zu behaupten einfießt.

Auslösung des preußischen Abgeordnetenhauuses.

Im Reichsangehörigen wird die vom 1. Juni datierte Verordnung, betreffend die Auslösung des Hauses der Abgeordneten, veröffentlicht. Eine Auslösung des Abgeordnetenhauses ist notwendig, weil das Mandat des im Jahre 1903 gewählten Parlaments noch bis zum Herbst dieses Jahres oder — nach anderer Rechnung — bis Januar nächsten Jahres läuft, und es natürlich nicht angängig ist, daß zwei zweite Kammer nebeneinander bestehen.

Rund mehr greift die Bestimmung der Verfassung Platz, daß innerhalb eines Zeitraumes von 90 Tagen nach der Auslösung die Kammer verammt werden müssen. Wie schon verlautet, wird die Regierung die hierauf notwendige Einberufung des neu gewählten Landtages möglichst bald und zwar schon gegen Ende dieses Monats eintreten lassen, um den Landtag dann nach einer kurzen, ganz formellen Session bis auf den Herbst zu vertagen.

Der erste Jugendgerichtshof in Berlin.

Der beim Amtsgericht Berlin-Mitte eingerichtete Jugendgerichtshof hielt am Montag seine erste Sitzung ab. Amtsgerichtsrat Dr. Röhne richtete vor Beginn der Verhandlungen an die erschienenen Vertreter der Behörden und Fürsorge-Vereine eine Anprache. Er erwähnte darin, daß die drei Richter, mit denen der Gerichtshof besetzt ist, durch schriftstellerische und praktische Arbeit auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und Erziehung Erfahrungen gesammelt haben. Damit die jugendlichen Freier nicht mit dem Verbrechertum und dessen Anhang zusammenläufen, sänden die Richter täglich im Zivilgerichtsgebäude statt. Die Vertreter der Presse erfuhrte der Vorsitzende, indem er darauf hinwies, daß in Amerika bei den Jugendgerichtshöfen die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, und diese Einrichtung auch in Österreich, wo die Institution demnächst ins Leben treten soll, geplant wird, daß der Gerichtsrat der jugendlichen Verurteilten nicht durch Nennung von Namen aufzutreten. — Von den sieben Fällen, die anderer (Polizei-Kontrolle) durch eine Geldstrafe geahndet. Von den übrigen Anklagen traf die erste einen 15jährigen Schlosserlehrling. Sohn eines Unterbeamten, der seinem Lehrer ein Zwanzigstück unterschlagen und sich dann mit einem Genossen in den Wäldern um Bernau herumgetrieben hatte. Ein 16jähriger Hausdienner, der nicht einmal den Vornamen seiner Mutter angeben vermochte, und der in einer Berliner Dienstschule zwei Monate gelernt hatte, stand wegen Diebstahl von Pferdrehren und anderen Gegenständen vor Gericht. Ein Dritter im gleichen Alter hatte sich an einer Briefmarkensammlung vergriffen. Alle diese Dummenjungenkreise wurden nach dem Antrage des Amtsgerichts mit einem Verweis freigesetzt. Zwei weibliche Delinquente, von denen die eine dem Polizei verschollen war und aus dem Magdalenenhof in Telzow vorgeführt wurde, sowie eine 15jährige Aufwärterin, die ihrer Dienstherrin Blusen und dergleichen entwendet hatte, kamen mit der gleichen Strafe davon. Bei all diesen jugendlichen Personen soll entweder die behördliche Fürsorge-Erziehung oder die Fürsorge freier Jugendschutz-Vereine eintreten.

Fürstenempfänge am Brandenburger Tor. Das Berl. Tagebl. teilt mit: "Der gestrige Empfang des Königs von Schweden durch die Stadt Berlin hat aufs neue den in letzter Zeit wiederholt erörterten Gedanken in den Vordergrund gerückt, ob es der Würde der Stadt Berlin entspreche, daß ihre Vertreter im Sonnenbrand oder gar vom Regen durchdrift fremde Fürstlichkeiten auf offener Straße begrüßen. Es gibt nicht nur in der Stadtverordnetenversammlung, sondern auch im Magistrat Völker der Stadt, denen die bisher gepflegte Art der Fürstenempfänge wider den Strich geht. Die Verteilung eines hiesigen Blattes, daß der Berliner Magistrat sich bei der Beratung über den Empfang König Gustav V. von Schweden darüber einig geworden sei, diesen Empfang den letzten seiner Art sein zu lassen, entspricht jedoch — wie möchten sagen: leider — nicht den Tatsachen. Weder im Magistrat selbst noch in der für die Vorbereitung des Empfangs eingesetzten Magistratskommision ist ein solcher Gedanke in die Debatte geworfen worden. Lediglich Bürgermeister Dr. Neide erwähnte in einer kurzen Bemerkung, wie vornehmlich für Berlin das alte Opernhaus zu solchen Zwecken sein könnte. Es scheint, daß von den Vorbereitungen auf dem Pariser Platz erst dann das letzte Stündlein geschlagen hat, wenn die Stadt Berlin auf die eine oder andere Weise Eigentümerin des alten Opernhauses geworden sein wird."

Diese Mitteilung zeigt nur, daß der Berliner Magistrat die mögliche Rolle, die das Oberhaupt der Reichshauptstadt bei Fürstenempfängen spielt, weiter zu spielen bereit ist. Ein Beobachter schrieb jüngst: als der Oberbürgermeister mit entblößtem Hause der Equipage, in der der Schwedenkönig neben Wilhelm II. sah, habe es geschlagen, als ob es ein Almosen in den Zylinder-

hut erbitten wolle. Der Vorhang ist ein Symbol für die knechtliche Stellung, in die sich das Bürgertum freiwillig begeben hat. In freieren Staaten läßt sich das Bürgertum so etwas nicht bieten.

Automobil-Subventionen. Es wird berichtet: Die deutsche Postverwaltung hat, wie sie befannen läßt, ein lebhaftes Interesse daran, daß die Transportverhältnisse in der Landwirtschaft eine ziemliche Umgestaltung erfahren, und sie legt großen Wert auf die Einführung von Automobilen, und zwar solcher, die auch für den Kriegsfall im Dienste der Armee brauchbar sind. Das preußische Kriegsministerium hat um den Übergang zum Kraftbetriebe zu fördern, für die Subventionierung von Kraftfahrzeugen Mittel zur Verfügung gestellt, die denjenigen ländlichen Besitzern zugute kommen sollen, die den militärischen Bedingungen entsprechende Kraftfahrzeuge in Betrieb nehmen und sie verpflichten, sie während der auf fünf Jahre bemessenen Lebensdauer in einem solchen Zustand zu erhalten, daß ihre Verwendung für militärische Transportzwecke genügt ist. Es ist eine einmalige Gesetzgebungsprämie von 4000 M. für jeden Wagen und eine Betriebspromie von jährlich 1000 M. auf die Dauer von 5 Jahren zugestehert. Der Landstraßenwagen, der auf Subventionierung Anspruch hat, soll imstande sein, mit voller Auslastung täglich mindestens 4000 Kilogramm Nutzlast und einen Anhänger mit mindestens 2000 Kilogramm Nutzlast, mithin eine Gesamtlast von 120 Centnern auf Straßen mit fester Decke zu befördern. Die Subventionbedingungen sind sämtlichen Landwirtschaftskammern vom Kriegsministerium mitgeteilt worden.

Zur Leutenot auf dem Lande. Auf der 42. Wanderversammlung der bayrischen Landwirte in Bamberg hielt Prinz Ludwig von Bayern eine Ansprache, in der er die Landwirte aufforderte, wohl am hergebrachten Gewohnheiten festzuhalten, aber nicht eigenmäig an Fehler zu lieben. Zur Leutenot auf dem Lande tat er den bemerkenswerten Ausspruch: "Wenn man die Löhne bietet, worauf die Arbeiter mit Recht Anspruch machen, dann fehlt es auch nicht an den notwendigen Arbeitern."

Dieser Ausspruch des bayerischen Prinzen wird denen um die Deutsche Tagesszeitung ganz und gar nicht behagen.

Kiel, 1. Juni. Zu den Unterschleissen auf der Kaiserlichen Werft wird weiter berichtet, daß der verhafte Kaufmann Frankenthal zu den reichsten und angesehensten Personen gehörte. Die von ihm gemeinsam mit dem Magazindirektor Heinrich verübten Unterschleise, die in Kiel allein auf weit mehr als eine Million Mark geschädigt werden, führten jedoch auch noch zur Verhaftung des Kaufmanns Bauer in Wilhelmshaven. Er und sein verstorbener Vater haben sich gegen Heinrich jahrelanger Erpressungen gestellt gemacht. Bei einer Gegenüberstellung mit Heinrich hat er die Erpressungen eingestanden. Wenn Frankenthal von der Welt Ultimatum laufte, wurde oft die doppelte Menge auf die Wagen geladen.

Bonum, 1. Juni. Genosse Redakteur Stein Kamp vom Bonum Volksblatt ist heute von der Strafanwaltschaft wegen Bekämpfung des Kriegsministers v. Einem zu 1 Monat Gefängnis verurteilt worden. Die Bekämpfung wurde gefunden in einem Artikel über die Antwort des Kriegsministers im Reichstag über die Lyanar-Gulenburg-Affäre.

kleine politische Nachrichten. Oberstleutnant Quade, der den Staatssekretär des Reichs-Kolonialamts auf seiner Reise nach Deutsch-Ostafrika begleitete, soll keinen Abschied einnehmen wollen. Man bringt in kolonialen Kreisen diesen Wechsel im Oberkommando der Schutztruppe in Zusammenhang mit Differenzen, die während der Ostafrikareise Dernburg ihren Anfang genommen haben sollen. — Das Weingesetz wird voraussichtlich in kurzer Frist vom Reichskanzler des Innern des Bundesrates vorgelegt werden. Es kann daher erwartet werden, daß der Bundesrat bald nach der Sommerpause über den Gesamtmut Verhältnissen wird, so daß der Entwurf dem Reichstag im Laufe des Oktober vorgelegt werden wird. — Aus Berlin wird gemeldet: Der Gouverneur j. v. B. Bittkauer hat beim Reichskanzler ein Gesuch um Entlassung aus dem Reichsdienst eingebracht. — Der neue amerikanische Botschafter in Berlin, Hill, ist für den Fall, daß der republikanische Präsidentenwahlkandidat, Kriegssekretär Taft, aus dem Wahlkampf als Sieger hervorgehen sollte, für das von diesem dann neu zu bildende Kabinett als Staatssekretär des Auswärtigen in Aussicht genommen. — Bei den gestrigen serbischen Parlamentswahlen wurden 81 Regierungskandidaten, 46 Jungradikale, 16 Nationalisten, 8 Fortiorianer und 1 Sozialdemokrat gewählt. In 8 Bezirken sind Stichwahlen erforderlich. Die Wahlen verliefen allemal ohne Zwischenfall.

Ausland.

Schweiz.

Eine erfolgreiche Volksabstimmung.

Von unserem Korrespondenten.

Z. Zürich, 1. Juni. Im Kanton Thurgau fand am Sonntag eine Volksabstimmung statt über ein von der organisierten Arbeiterschaft und den Gewerbevereinen gemeinschaftlich aufgestelltes und mit 3330 Unterschriften versehenes Initiativbegehrte, betreffend die Einführung der Gewerbegefechte, das gleich einen 11. Artikel umfassenden Gesetzentwurf enthält. Es mit dem Zweck, auch die geringsten Differenzen, die aus verbundenen Missständen, wie monatelange Verschleppung, teure Gerichts- und Abwolaten Kosten usw., waren allmäig so unerträglich geworden, daß sich Arbeitgeber und Unternehmer zu gemeinsamem Vorzeuge vereinigten, um eine einfache, schnelle und billige Rechtsprechung durch Gewerbegefechte herzustellen. Die Mehrheit des Kantonstaates und die Regierung beantragten, dem Volke im Rückgrat auf die Annäherung des Richter- und Abwolatenwerts die Verwerfung des Initiativbegehrten, indem war die Mehrheit der Stimmberechtigten forschlicher geführt und verständiger als die "sozialdemokratischen Demokräten" und nahm mit 10 504 gegen 8228 Stimmen das Initiativbegehrte an. Nur ein einziger Bezirk, der in seiner Mehrheit katholisch-konservativ ist, verzog das Votum. Die größeren Gemeinden und Industriekräfte brachten große Mehrheiten auf, mit denen sie gegenüber dauerlicher Rücksicht auf den konsequenten Einflugern die Vorlage resteten.

Nach derselben können die Gemeinden allein oder mehrere zusammen oder für einen Bezirk Gewerbegefechte errichten, die Kompetenz ist zu 500 Franken zu haben. Die Gewerbegefechte werden von den Gruppen der Arbeitgeber und der Unternehmer gesondert, die Präsidenten und Vizepräsidenten, die Juristen sein müssen, von allen Stimmberechtigten gewählt. Die Sitzungen sollen in der Regel am Abend sein. Die Gewerbegefechte erhalten ein Sitzungsgeld von 3 Franken, der Präsident von 5 Franken. Die Streitfälle sollen in fünf Tagen erledigt werden. Die Gerichtsgebühren betragen 1 bis 20 Franken. Die Appellation ist ausgeschlossen, Kassation und Revision dagegen zugelassen.

Gemeinsenshaft ist, daß die Regierung in dem "Sen.", den sie zur Irreleitung des Volkes dem Initiativbegehrten mit auf den Weg gab, belastet und daher für die Funktion eines Gewerbeberichters unsfähig bestimmt und daß diese dreiste Aroganz von dem bekannten demokratischen Sozialpolitiker Dr. Holmann im Namen der Regierung unterzeichnet ist. Die "beschränkten Unterthanen" haben nun mit der Annahme des Initiativbegehrten dieser anmaßenden Regierung den Rücken um die Ohren geklappt, wie sie es verdient.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. Juni. Abgeordnetenhaus. In der fortgesetzten Budgetberatung erklärte nach Eröffnung der Gesetzdebatte Abg. Hoch, nicht für das Budget stimmen zu können, da die Regierung unter dem Einfluß des Klerikalismus steht und weder freiheitlich noch demokratisch genannt sei. Abg. Lichtenstein bot namens der Christlich-Socialen

den deutschen Parteien die Hand zur Wiederaufnahme der deutschen Gemeinbunghalt, die nur durch andre Einsätze, voneinerseits durch die jüdische Presse, verhindert sei. Die deutsche Gemeinbungshaltung zu einem christlichen Frieden mit den Slawen in Oesterreich zu führen zu erfordern.

Frankreich.

Paris, 1. Juni. Die Anfrage über die Lage in Maroc, in der Kamer an die Regierung gerichtet worden ist, ist auf nächste Woche verschoben worden. Lieber die augenscheinliche Sicht ist nicht von einem Tage zum andern bewirkt, das aber die Regierung willens ist, mit den nötigen Maßnahmen zu beginnen, so daß man von Widder eine entsprechende Erklärung erhält. Eine etwaige Anerkennung Mulay Hafids könnte nur durch alle Arbeitgeber-Niederungen erfolgen. Es ist der Wille aller Parteien, dies zu vermeiden, und das Ministerium dürfe auf ein Vertrauensschreiben, wenn es dieser ist proklamiert Politik treu bliebe und so nun, da die Stunde gekommen sei, in die Tat umzuschlagen.

England.

Aussperrungsdrohungen.

Glasgow, 1. Juni. Da die Arbeiter des Clyde-Schiffbaus es ablehnen, die Arbeit bis Donnerstag wieder aufzunehmen, hat die Verbandschaft der Arbeitervereine ihre Arbeit morgen nicht wieder aufzunehmen, als Arbeiter an der Nord-Ostküste ausgeworfen werden müssen. Mitglieder der Gewerbevereine wollen die Clyde-Arbeiterchaft zu Wiederaufnahme der Arbeit bewegen.

Italien.

Die Landarbeiterstreik.

Der Landarbeiterstreik nimmt noch immer an Bedeutung zu. 1000 Tagelöhner die Arbeit eingestellt haben. Die Radikale bilden Blätter von der Wiederaufnahme der Arbeit in den Provinzen Parma sind unsichtig; die Arbeit ist nur bei solchen Orten aufgenommen worden, welche die Forderungen der Streikenden bewilligt haben. Die Groß-Grundbesitzer, die es auf die kleineren Besitzer solldarstellen, indem sie durch hohe Abgaben sich verunsichern. Die Streikenden verhalten sich durchaus ruhig. Die Unruhen, welche vorgekommen sind, gingen von den herrenlosen Streikbrechern aus, den Söhnen der Besitzer, Studenten usw., die mit Revolvern bewaffnet wurden. Die Landarbeiter in den Provinzen Reggio-Eмилия, Modena usw. haben sich mit den Streikenden solidarisiert. Sie verweigerten das Brot, das man dorhin gebracht hat, zu kaufen und zu essen. Man hofft, daß es in den nächsten Tagen zu Einigungsbereitungen kommen wird.

Türkei.

Konstantinopel, 1. Juni. Türkische Blätter veröffentlichen das offizielle Decree des Ministers von Somos. Danach wurde das Regierungsgebäude bis zur Ankunft der Flotte von den Insurgenten belagert, deren wiederholte Angriffe jedoch zurückgeschlagen wurden. Türkisches Militär trieb die Insurgenten in die Flucht. Der Führer Sofulis forderte die Bevölkerung auf, sich gegen die Regierung zu rebellieren. Unter den Insurgenten befinden sich die ganze Gendarmerie, einschließlich der Offiziere, das Polizeipersonal und einige Beamte.

Konstantinopel, 1. Juni. Der Palace erhält amtliche Verhüllungen über Unruhen auf den Inseln Nagos, Rhodos und Chios. Agenten des panzerischen Bundes Gendarmerie bereiten den Archipel und predigen eine allgemeine Erhebung gegen die Porte.

Landesverratsprozeß Schiwaro.

Hg. Leipzig, den 1. Juni.

Vor dem 2. und 3. Strafgericht des Reichsgerichts begann heute früh 9 Uhr unter dem Vorsitz des Senatorpräsidenten Freiherrn Dr. v. Bülow der umfangreiche Landesverratsprozeß gegen den Schriftsteller Matthias genannt Max Schiwaro aus Solingen. Schiwaro in den Korridoren des Reichsgerichts heißt man, daß heute eine große Sache verhandelt wird. Zahlreiche Zeugen und viele Offiziere sieht man in den Gängen. Der Saal ist fast gefüllt. Kurz vor Eröffnung der Sitzung wird der Angeklagte durch Gefangenheitsbeamte in den Saal geführt. Er ist ein untersetziger Mann mit stark ergrautem, kurz geschnittenem Vollbart, elegant gekleidet. Seine Gesichtsfarbe ist fahl, aber die Gesichtszüge sind energisch. Er läuft ruhig und sicher. Unter den Zeugen befinden sich mehrere Unteroffiziere und Soldaten, die ebenfalls in diese Angelegenheit verwickelt sind und sich in Untersuchungshaft befinden. Sie werden von zwei Unteroffizieren mit geladenem Gewehr begleitet. Unter diesen Zeugen befinden sich der Eigentümlicher der 2. Batterie des Rheinischen Feldartillerieregiments Nr. 23 Johann Günther, der Sergeant des Lehrregiments der Feldartillerie-Schule Kassel, der Alte, der Unteroffizier der 3. Kompanie des 2. Fußartillerieregiments Nr. 3 Willi Späte. Unter den Sachverständigen ist eine Zahl Offiziere des Großen Generalstabes in Berlin, Polizeibeamte usw. Die Zahl der geladenen Zeugen beträgt etwa 15. Den Angeklagten steht als Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kaiser-Lippig zur Seite, während die Anklage Rechtsanwalt Dr. Vogt vertritt. Der Angeklagte gibt auf Fragen zu seinen Personalkonten, ob er Matthias Schiwaro hegte. Er ist in Burg bei Magdeburg am 16. März 1866 geboren, evangelischer Konfession. Von Vorf. beschreibt er sich als Schriftsteller. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder, die Ehe ist aber geschieden. Seit dem 26. August 1907 befindet er sich in Untersuchungshaft.

Es wird sodann der Eröffnungsbeschluß verlesen. Danach ist Schiwaro hinreichend verächtlich, das Verrats militärisch bestraft zu werden, und zwar soll er von 1903 bis 1907 in Konskriptionsbezirk und als Deutscher in Belgien und Frankreich verstrafen. Beleidigungen und andere Gegenstände, deren Gedembaltung im Interesse des Deutschen Reiches gelebt ist, in dem Bereich der französischen Regierung habe gelungen lassen, obwohl er weiß, daß diese Befreiungen gegenwartig waren, die Sicherheit des Deutschen Reiches zu gefährden. In einer Reihe weiterer Fälle wird Schiwaro als verdeckter Vertrags-militärischer Geheimniss bezeichnet.

Vorl.: Angeklagter, wollen Sie sich auf diese Anklage erläutern? — Angell.: Ja. — Vorl.: Bekennen Sie sich schuldig? — Angell.: Ich bekannte mich schuldig, habe mir schuldig gemacht zu haben. Ich bedaure sehr, daß ich das Gewissen nicht habe, mit diesen Handlungen die Sicherheit des Deutschen Reiches zu gefährden. Im Gegenteil, ich möchte bestreben, daß ich dieses Gewissen nicht gehabt habe. Ich glaube allerdings, daß ich das Gewissen nicht gehabt habe. Das können Sie ausführen, wenn Sie auf die einzelnen Fälle einzugeben. Angeklagter, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie sich ein offenes Geständnis erlegen und nur nennen können, wenn Sie ein offenes Geständnis erlegen und wenn Sie offen und ehrlich Ihre Schulden zugeben. — Angell.: Das ist auch meine Absicht. — Vorl.: Bitten Sie uns nur einmal, Ihren Lebenslauf anzugeben.

Rechtsanwalt Dr. Diez: Zum Angeklagten wird zur Zeit gelegt, gewisse Schriftstücke und Gegenstände einer fremden Partei ausgetauscht zu haben, deren Preisgabe die Sicherheit des Deutschen Reiches zu gefährden geeignet waren. Diese Preisgabe wird aber bestätigt werden, wenn diese Schriftstücke öffentlich verlesen

werden sollten. Gleichzeitig werden die Verträge der Befriedigten nichts zu tun haben. Die Befriedigten haben nichts zu tun haben. Die Befriedigten haben nichts zu tun haben.

Die Verträge der Befriedigten haben nichts zu tun haben.

Die Verträge der Befriedigten haben nichts zu tun haben.

Die Verträge der Befriedigten haben nichts zu tun haben.

Die Verträge der Befriedigten haben nichts zu tun haben.

werden sollten. Ich beantrage daher den Auschluss des Gesetzes. Sicherlich wegen Gefährdung der Staatsicherheit und stelle anheim, die Vertreter der Presse teilweise zugelassen.

Beteiligter Dr. Kaiser und der Angeklagte Schwartz haben hierzu nichts zu erwidern. Nach kurzer Beratung beschließt der Richterhof, für die ganze Dauer der Verhandlungen die Offenheitlichkeit aufzufordern. Der Saal muss hierauf geräumt werden, auch von der Presse.

Die Verhandlungen werden voraussichtlich drei Tage dauern.

Neues aus aller Welt.

Der erloschene Molen.

Paris, 1. Juni. bisher hat man noch keine Spur von den Verbrechern gefunden, die den Pariser Molen Steinheil und seine Schwiegermutter ermordet haben. Alles, was die Behörde feststellen konnte, trägt nur dazu bei, die Tat oder wenigstens die Vorbereitungen zu ihr ratschlos erscheinen zu lassen. Über die Motive der Tat kann kein Zweifel bestehen. Die Verbrecher haben über einen Schmucktaschen 7000 Fr. gestohlen, die der Molen Steinheil am Nachmittag von der Banque de France abgehoben hatte. Aber woher konnten die Verbrecher wissen, daß das Geld während der Nacht in der Stadtmission aufbewahrt wurde, da sich das Chateau erst am späten Abend entzündet, nicht nach dem Brandhaus zurückzufinden, wo es seit einigen Tagen weilt? Dieser Entzündung wurde durch den plötzlichen Regen veranlaßt, der gegen 6 Uhr aufsetzte und bis nach 11 Uhr anhielt. Die Verbrecher besauden sich kurz nach 12 Uhr im Schlafzimmer der Frau Steinheil. Auf welchem Wege sie nach der Villa gelangt sind, ist noch unklar. Sie müssen unbedingt Strafenschwanz an ihren Sieben gehabt haben, aber in der ganzen Wohnung, die völlig durchwühlt war, findet man keine Spur von Schmuck, nicht einmal der Adresse eines feuchten Schuhes, so daß man vor einem Rätsel steht, wenn man nicht annimmt, daß die Täter vor dem Einsetzen des Regens hier in der Villa versteckt hielten. Frau Steinheil sagte aus, daß die Frau mit dem roten Chignon, die nach ihrer Meinung die Führerin der Bande war, und der große Mann mit dem grauemäuligen Bart frühere Modelle ihres Mannes gewesen seien. Das ist bis jetzt die einzige greifbare Spur. Der Diener steht nicht im Verdacht. Offenbar hat er es nur seinem guten Schlaf an denken, daß er nicht auch ein Opfer der Verbrecher geworden ist. Er hat zufällig in der Nachzettel zum ersten Male seit einigen Tagen wieder in einem Zimmer im oberen Stockwerk geschlafen. Sonst hätte er sich im Wintergarten neben dem Telephon ein Atelier gegründet. Auch dieser Zufall ist so merkwürdig, wie der Umstand, daß beide Hunde, die sonst das Haus bewachten, gerade an diesem Abend entfernt waren.

Berlin, 2. Juni. Ein 41jähriger Arbeiter wurde vom Ölflasch getroffen und starb sofort.

Berlin, 2. Juni. Beim gestrigen Treibrennen in Westend ist der Fahrer Stolzenberg tödlich verunglücht.

Magdeburg, 1. Juni. Wegen drohenden Konkurses erschöpft sich der Besitzer eines größeren Papiergeschäfts, Albert Kunz, nachdem er Gisli genommen hatte.

Bremen, 1. Juni. Der 28jährige Galvaniseur Becker ging in reizunehmendem Zustande irrtümlich an einer Eisenbahnstrecke entlang. Er wurde von einem Zug erfaßt und schwer verletzt. Becker starb später im Krankenhaus.

Duisburg, 1. Juni. Auf der Straße von Düsseldorf nach Cleve rannte bei Rheinberg ein mit fünf Personen besetztes Automobil mit voller Wucht gegen einen Baum. Der Führer des Wagens, zwei Kinder und eine Dame wurden schwer, die anderen leicht verletzt. Die Maschine ist vollständig zertrümmert.

Neustadt a. d. Haardt, 1. Juni. Jungs Damen machten gestern einen Ausflug und begaben sich abends 8 Uhr nach dem Bahnhof. Als sie sich in einem Feldweg befanden, kam ein Mann, der nur mit Hof und Weiß bekleidet war, auf die Damen zu. Er umfaßte zum ersten und wußt sie auf den Boden. Das Mädchen wußte sich mit aller Kraft, wobei beide in einen mit Wasser gefüllten Graben fielen. Auf die Hilferufe der anderen Damen eilten Spaziergänger herbei, worauf der Unhold verschwand. Man vermutet in dem Täter den Mann, der dieser Tage die Köchin Katharine Gilbert ermordet hat.

Worms, 1. Juni. Gestern abend erschöpft der Straßenführer Postmeister seinen Schwiegertöchtern auf offener Straße. Der Sohn habe den öfteren seine Frau schwer mißhandelt und soll kurz vor dem Ende des Versuchs einen Anfall gehabt haben, sie aus dem Fenster des 4. Stockwerks herauszuwerfen.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

125. Sitzung vom 2. Juni 1908.

Zur Beratung steht als einziger Punkt der Bericht der Gelehrtenkommission über das Wassergericht.

Wassergericht.

Bei dem § 1, wo man eine allgemeine Debatte erwartet hatte, wird gar nicht geredet, der Abg. v. Querfurt, der hierzu sprechen wollte, meldet sich zu spät zum Wort. Es werden sodann die § 1 und 2 ohne Debatte angenommen.

Eine längere Verhandlung ruht der § 3 hervor. Es belagt nach den Beschlüssen der Zwischenkommission: Privatrechte an den liegenden Gewässern werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Ihre Ausübung ist aber den Vorchristen unterworfen, die sich aus diesem Gesetz ergeben. Die Kommission beantragt nun, den ersten Satz die Worte anzugeben: insbesondere bleiben die juristische des Fließwasserströmung die bestehenden Wasserbeauftragungen die Rechte aufrecht erhalten.

Die Regierung hat zu diesem § 3 in der Deputation eine Erklärung abgegeben, die unter anderem besagt: „Es besteht grundsätzlich die Freiheit des Einzelnen in der Nutzung mit dem liegenden Wasser, die Freiheit wird aber mit Rücksicht auf die eigenartige Natur des liegenden Wassers und die große Bedeutung, die ein richtiges und vernünftiges Gebrauch für das Allgemeinwohl hat, gelegentlich beschränkt, und zwar durch das Gesetz der Einholung behördlicher Erlaubnis, nicht für alle besonderen Regelungen schlechthin, wie das früher vorgeschahne war, wohl aber für eine Reihe bestimmter Arten der besonderen Nutzung, deren Ausübung das Gesetz verbietet, so lange nicht die Erlaubnis dazu in der hierfür vorgeschriebenen Weise eingeholt und erteilt werden.“

Urhebunglich enthält diese Erklärung auch folgenden Satz: „Der Urheber eines Rechtes bedarfte zur Ausübung des Gebrauchs nicht mehr der staatlichen Berechtigung, da er sein an sich nur dem Staate zustehende, sondern lediglich sein eigenes Recht ausübt. Es besteht also grundsätzlich die Freiheit des Einzelnen in der Nutzung mit dem liegenden Wasser.“

Diesen Satz hat die Regierung widerstellt, wobei erneut hinzugefügt wird, es bleibe vielmehr darauf beziehen.

Abg. v. Querfurt (cont.): Der Gesetzentwurf sollte jetzt ein Konglomerat verschiedener Rechtsgrundlagen dar. Das Gesetz könnte dem Richter keine verständige Handhabung mehr geben. Die Folge würde eine allgemeine Rechtsunsicherheit in wasserrechtlichen Dingen sein. Nach weiteren Ausführungen stellt der Redner den Antrag, die Begründungsberichtigung in der durch die heutigen Ausführungen des Ministrers ergänzten Form im Gesetz- und Verordnungsblatt zu veröffentlichen.

Abg. Dr. Rühlmann (cont.) polemisiert gegen den Antrag des Abg. v. Querfurth und tritt für eine soziale Wasserregelung ein, die die Wasserbenutzung im Interesse des Allgemeinwohls regelt. Leider ist in der Deputation allerdings verloren worden, den Charakter des Gesetzes nach der urheberrechtlichen Seite hin zu verschaffen. Es habe dabei in der Haushaltung um einen Bericht gekämpft, ob die agrarischen Interessen auf Kosten des Allgemeinen mehr Platz zur Geltung zu bringen. (Großer Lärm bei den Redactoren.)

Gesetzern, der lange anhält. Rufe: Das ist unerhörlich! Freiheit! Gemeinde! Da hört doch alles auf! Abg. Häbner rufe: So ein Schuft! — Hammarländer des Präsidenten. — Abg. Häbner rufe: So ein Schuft! — Von verschiedenen Seiten kommen starke Zustände. Als der Redner fortfahren will, erinnern lärmende Schlußrufe, ein großer Sessel fällt wieder ein. Der Redner lädt sich aber nicht tragen zu lassen. Ruhig wartet er ab, bis sich der Sessel gelegt hat, um dann ruhig, als handle es sich um eine akademische Vorlesung, fortzufahren. Er hält eine rückhaltlose Auskunde über den gegebenen Zuständen für das Volk. (Abg. Häbner: Das soll aber zu weit. — Lärm. — Lebhafte Schlußrufe.) Nach seiner Überzeugung handelt es sich darum, eine leichte agrarische Interessen beim Wasserrecht zum Schaden des Landes durchzuführen. (Erneuter Lärm bei den Redactoren. — Lebhafte Schlußrufe!) — Lebhafte Schlußrufe! — Zuruf: Liberaler Wasser. — Lachen. Es habe sich hier die tatsächliche Regierung wieder einmal jämmerlich rücksichtslos gemacht (Red.). Der Mehrheit der Deputation hätten sie Agrarier ein laubigesches Koch vorgehalten, durch daß sie hätten durchgehen sollen, damit das ganze Gesetz fällt. Die Mehrheit der Deputation ist aber diesmal erfreulicherweise nicht durch das Koch gegangen. Als der agrarische Bericht, das ganze Gesetz zu Fall zu bringen, nicht gelungen war, hat der Abg. Olypic ein Nachwort in den Deputationsbericht eingefügt, das schlimme Agrarisse gegen die Regierung enthalte, wie sie schlimmer kaum jemals die außerbörsliche Linke gegen die Regierung gerichtet hätte. (Sehr richtig! Unruhe.) Es wird darin der Regierung Eigentumsübernahme vorgeworfen. (Keine Übereinstimmung scheint hier aber, daß sich der Abg. Olypic keine Übertriebungen erlaubt habe. Der Redner spricht unter fortwährendem Lärm weiter, er ist daher nur zum Teil verständlich.) Die eigentliche Wahrheit der Agrarier ist gewesen, daß das ganze Gesetz zu verschließen. Wenn man davon zweifelhaft sei, habe das nur die Furcht vor einer Landtagsauflösung bewirkt. Man hätte eine Neuwahl bestimmt, die mir die Partei gegen die Konservativen hätte führen können: Für das Allgemeinwohl, gegen die agrarischen Sonderinteressen. Herr Olypic fürchtet, daß es dann mit dem Einführung seiner Partei vorbei sei. (Abg. Träber: Das macht die Höhe. Lachen.) Das ärgste und bedauernswerte an der Vorlage ist die Abänderung des § 149 zugunsten der agrarischen Interessen. Er werde gegen den Paragraphen stimmen, nicht aber den Reden den Schädel tun, deshalb das ganze Gesetz abschließen.

Abg. Langhammer (cont.): Abg. Rühlmann habe nicht im Auftrag seiner Fraktion gehandelt. Hatte er das nun wollen, hätte er mehr berücksichtigen müssen, daß man ein Kompromiß vor sich habe. Es handele sich jetzt darum, die Leidenschaft zu erzeugen, sondern es ist darauf zu sehen, daß etwas zu Stande kommt. Er hätte beiden Parteien Konkurrenz machen müssen. Man habe verkehrt, ein Verwaltungsgesetz zu schaffen. Allerdings wenn man den Gang der Verhandlungen übersehe, könnte man wohl Anlaß zur leidenschaftlichen Erregung, doch müsse jetzt alles barangelegt werden, etwas zu Stande zu bringen.

Abg. Olypic (cont.): Eine Erklärung habe bei der Regierung eine gewisse Mindestmauer herzugeben; man habe gelöst, so ist verleugnet, ja befehlhaft für die Regierung. Es könnte nicht begreifen, wie man zu einer solchen Annahme kommen könnte; sein Vorwurf ist geweisen, seine Bedenken in sachlicher Form gelten zu wollen. Es hätte sich bei mir auch nicht um Rechthaberei gehandelt, sondern hätte er ganz anders ausdrücken können. Vor allem sei er bei seinen freudigen Bemerkungen davon ausgegangen, daß das Gesetz bei der Rechtsprechung überwiegende Mängel werde erkennen lassen. Es sei in der Deputation zu klären, was man getan hat.

Abg. Rühlmann (cont.): Abg. Rühlmann habe nicht im Auftrag seiner Fraktion gehandelt. Hatte er das nun wollen, hätte er mehr berücksichtigen müssen, daß man ein Kompromiß vor sich habe. Es handele sich jetzt darum, die Leidenschaft zu erzeugen, sondern es ist darauf zu sehen, daß etwas zu Stande kommt. Er hätte beiden Parteien Konkurrenz machen müssen. Man habe verkehrt, ein Verwaltungsgesetz zu schaffen. Allerdings wenn man den Gang der Verhandlungen übersehe, könnte man wohl Anlaß zur leidenschaftlichen Erregung, doch müsse jetzt alles barangelegt werden, etwas zu Stande zu bringen.

Abg. Olypic (cont.): Eine Erklärung habe bei der Regierung eine gewisse Mindestmauer herzugeben; man habe gelöst, so ist verleugnet, ja befehlhaft für die Regierung. Es könnte nicht begreifen, wie man zu einer solchen Annahme kommen könnte; sein Vorwurf ist geweisen, seine Bedenken in sachlicher Form gelten zu wollen. Es hätte sich bei mir auch nicht um Rechthaberei gehandelt, sondern hätte er ganz anders ausdrücken können. Vor allem sei er bei seinen freudigen Bemerkungen davon ausgegangen, daß das Gesetz bei der Rechtsprechung überwiegende Mängel werde erkennen lassen. Es sei in der Deputation zu klären, was man getan hat.

Abg. Rühlmann (cont.): Abg. Rühlmann habe nicht im Auftrag seiner Fraktion gehandelt. Hatte er das nun wollen, hätte er mehr berücksichtigen müssen, daß man ein Kompromiß vor sich habe. Es handele sich jetzt darum, die Leidenschaft zu erzeugen, sondern es ist darauf zu sehen, daß etwas zu Stande kommt. Er hätte beiden Parteien Konkurrenz machen müssen. Man habe verkehrt, ein Verwaltungsgesetz zu schaffen. Allerdings wenn man den Gang der Verhandlungen übersehe, könnte man wohl Anlaß zur leidenschaftlichen Erregung, doch müsse jetzt alles barangelegt werden, etwas zu Stande zu bringen.

Abg. Olypic (cont.): Eine Erklärung habe bei der Regierung eine gewisse Mindestmauer herzugeben; man habe gelöst, so ist verleugnet, ja befehlhaft für die Regierung. Es könnte nicht begreifen, wie man zu einer solchen Annahme kommen könnte; sein Vorwurf ist geweisen, seine Bedenken in sachlicher Form gelten zu wollen. Es hätte sich bei mir auch nicht um Rechthaberei gehandelt, sondern hätte er ganz anders ausdrücken können. Vor allem sei er bei seinen freudigen Bemerkungen davon ausgegangen, daß das Gesetz bei der Rechtsprechung überwiegende Mängel werde erkennen lassen. Es sei in der Deputation zu klären, was man getan hat.

Abg. Rühlmann (cont.): Abg. Rühlmann habe nicht im Auftrag seiner Fraktion gehandelt. Hatte er das nun wollen, hätte er mehr berücksichtigen müssen, daß man ein Kompromiß vor sich habe. Es handele sich jetzt darum, die Leidenschaft zu erzeugen, sondern es ist darauf zu sehen, daß etwas zu Stande kommt. Er hätte beiden Parteien Konkurrenz machen müssen. Man habe verkehrt, ein Verwaltungsgesetz zu schaffen. Allerdings wenn man den Gang der Verhandlungen übersehe, könnte man wohl Anlaß zur leidenschaftlichen Erregung, doch müsse jetzt alles barangelegt werden, etwas zu Stande zu bringen.

Abg. Olypic (cont.): Eine Erklärung habe bei der Regierung eine gewisse Mindestmauer herzugeben; man habe gelöst, so ist verleugnet, ja befehlhaft für die Regierung. Es könnte nicht begreifen, wie man zu einer solchen Annahme kommen könnte; sein Vorwurf ist geweisen, seine Bedenken in sachlicher Form gelten zu wollen. Es hätte sich bei mir auch nicht um Rechthaberei gehandelt, sondern hätte er ganz anders ausdrücken können. Vor allem sei er bei seinen freudigen Bemerkungen davon ausgegangen, daß das Gesetz bei der Rechtsprechung überwiegende Mängel werde erkennen lassen. Es sei in der Deputation zu klären, was man getan hat.

Abg. Rühlmann (cont.): Abg. Rühlmann habe nicht im Auftrag seiner Fraktion gehandelt. Hatte er das nun wollen, hätte er mehr berücksichtigen müssen, daß man ein Kompromiß vor sich habe. Es handele sich jetzt darum, die Leidenschaft zu erzeugen, sondern es ist darauf zu sehen, daß etwas zu Stande kommt. Er hätte beiden Parteien Konkurrenz machen müssen. Man habe verkehrt, ein Verwaltungsgesetz zu schaffen. Allerdings wenn man den Gang der Verhandlungen übersehe, könnte man wohl Anlaß zur leidenschaftlichen Erregung, doch müsse jetzt alles barangelegt werden, etwas zu Stande zu bringen.

Abg. Olypic (cont.): Eine Erklärung habe bei der Regierung eine gewisse Mindestmauer herzugeben; man habe gelöst, so ist verleugnet, ja befehlhaft für die Regierung. Es könnte nicht begreifen, wie man zu einer solchen Annahme kommen könnte; sein Vorwurf ist geweisen, seine Bedenken in sachlicher Form gelten zu wollen. Es hätte sich bei mir auch nicht um Rechthaberei gehandelt, sondern hätte er ganz anders ausdrücken können. Vor allem sei er bei seinen freudigen Bemerkungen davon ausgegangen, daß das Gesetz bei der Rechtsprechung überwiegende Mängel werde erkennen lassen. Es sei in der Deputation zu klären, was man getan hat.

Abg. Rühlmann (cont.): Abg. Rühlmann habe nicht im Auftrag seiner Fraktion gehandelt. Hatte er das nun wollen, hätte er mehr berücksichtigen müssen, daß man ein Kompromiß vor sich habe. Es handele sich jetzt darum, die Leidenschaft zu erzeugen, sondern es ist darauf zu sehen, daß etwas zu Stande kommt. Er hätte beiden Parteien Konkurrenz machen müssen. Man habe verkehrt, ein Verwaltungsgesetz zu schaffen. Allerdings wenn man den Gang der Verhandlungen übersehe, könnte man wohl Anlaß zur leidenschaftlichen Erregung, doch müsse jetzt alles barangelegt werden, etwas zu Stande zu bringen.

Abg. Olypic (cont.): Eine Erklärung habe bei der Regierung eine gewisse Mindestmauer herzugeben; man habe gelöst, so ist verleugnet, ja befehlhaft für die Regierung. Es könnte nicht begreifen, wie man zu einer solchen Annahme kommen könnte; sein Vorwurf ist geweisen, seine Bedenken in sachlicher Form gelten zu wollen. Es hätte sich bei mir auch nicht um Rechthaberei gehandelt, sondern hätte er ganz anders ausdrücken können. Vor allem sei er bei seinen freudigen Bemerkungen davon ausgegangen, daß das Gesetz bei der Rechtsprechung überwiegende Mängel werde erkennen lassen. Es sei in der Deputation zu klären, was man getan hat.

Abg. Rühlmann (cont.): Abg. Rühlmann habe nicht im Auftrag seiner Fraktion gehandelt. Hatte er das nun wollen, hätte er mehr berücksichtigen müssen, daß man ein Kompromiß vor sich habe. Es handele sich jetzt darum, die Leidenschaft zu erzeugen, sondern es ist darauf zu sehen, daß etwas zu Stande kommt. Er hätte beiden Parteien Konkurrenz machen müssen. Man habe verkehrt, ein Verwaltungsgesetz zu schaffen. Allerdings wenn man den Gang der Verhandlungen übersehe, könnte man wohl Anlaß zur leidenschaftlichen Erregung, doch müsse jetzt alles barangelegt werden, etwas zu Stande zu bringen.

Abg. Olypic (cont.): Eine Erklärung habe bei der Regierung eine gewisse Mindestmauer herzugeben; man habe gelöst, so ist verleugnet, ja befehlhaft für die Regierung. Es könnte nicht begreifen, wie man zu einer solchen Annahme kommen könnte; sein Vorwurf ist geweisen, seine Bedenken in sachlicher Form gelten zu wollen. Es hätte sich bei mir auch nicht um Rechthaberei gehandelt, sondern hätte er ganz anders ausdrücken können. Vor allem sei er bei seinen freudigen Bemerkungen davon ausgegangen, daß das Gesetz bei der Rechtsprechung überwiegende Mängel werde erkennen lassen. Es sei in der Deputation zu klären, was man getan hat.

Abg. Rühlmann (cont.): Abg. Rühlmann habe nicht im Auftrag seiner Fraktion gehandelt. Hatte er das nun wollen, hätte er mehr berücksichtigen müssen, daß man ein Kompromiß vor sich habe. Es handele sich jetzt darum, die Leidenschaft zu erzeugen, sondern es ist darauf zu sehen, daß etwas zu Stande kommt. Er hätte beiden Parteien Konkurrenz machen müssen. Man habe verkehrt, ein Verwaltungsgesetz zu schaffen. Allerdings wenn man den Gang der Verhandlungen übersehe, könnte man wohl Anlaß zur leidenschaftlichen Erregung, doch müsse jetzt alles barangelegt werden, etwas zu Stande zu bringen.

Abg. Olypic (cont.): Eine Erklärung habe bei der Regierung eine gewisse Mindestmauer herzugeben; man habe gelöst, so ist verleugnet, ja befehlhaft für die Regierung. Es könnte nicht begreifen, wie man zu einer solchen Annahme kommen könnte; sein Vorwurf ist geweisen, seine Bedenken in sachlicher Form gelten zu wollen. Es hätte sich bei mir auch nicht um Rechthaberei gehandelt, sondern hätte er ganz anders ausdrücken können. Vor allem sei er bei seinen freudigen Bemerkungen davon ausgegangen, daß das Gesetz bei der Rechtsprechung überwiegende Mängel werde erkennen lassen. Es sei in der Deputation zu klären, was man getan hat.

Abg. Rühlmann (cont.): Abg. Rühlmann habe nicht im Auftrag seiner Fraktion gehandelt. Hatte er das nun wollen, hätte er mehr berücksichtigen müssen, daß man ein Kompromiß vor sich habe. Es handele sich jetzt darum, die Leidenschaft zu erzeugen, sondern es ist darauf zu sehen, daß etwas zu Stande kommt. Er hätte beiden Parteien Konkurrenz machen müssen. Man habe verkehrt, ein Verwaltungsgesetz zu schaffen. Allerdings wenn man den Gang der Verhandlungen übersehe, könnte man wohl Anlaß zur leidenschaftlichen Erregung, doch müsse jetzt alles barangelegt werden, etwas zu Stande zu bringen.

Abg. Olypic (cont.): Eine Erklärung habe bei der Regierung eine gewisse Mindestmauer herzugeben; man habe gelöst, so ist verleugnet, ja befehlhaft für die Regierung. Es könnte nicht begreifen, wie man zu einer solchen Annahme kommen könnte; sein Vorwurf ist geweisen, seine Bedenken in sachlicher Form gelten zu wollen. Es hätte sich bei mir auch nicht um Rechthaberei gehandelt, sondern hätte er ganz anders ausdrücken können. Vor allem sei er bei seinen freudigen Bemerkungen davon ausgegangen, daß das Gesetz bei der Rechtsprechung überwiegende Mängel werde erkennen lassen. Es sei in der Deputation zu klären, was man getan hat.

Abg. Rühlmann (cont.): Abg. Rühlmann habe nicht im Auftrag seiner Fraktion gehandelt. Hatte er das nun wollen, hätte er mehr berücksichtigen müssen, daß man ein Kompromiß vor sich habe. Es handele sich jetzt darum, die Leidenschaft zu erzeugen, sondern es ist darauf zu sehen, daß etwas zu Stande kommt. Er hätte beiden Parteien Konkurrenz machen müssen. Man habe verkehrt, ein Verwaltungsgesetz zu schaffen. Allerdings wenn man den Gang der Verhandlungen übersehe, könnte man wohl Anlaß zur leidenschaftlichen Erregung, doch müsse jetzt alles barangelegt werden, etwas zu Stande zu bringen.

Abg. Olypic (cont.): Eine Erklärung habe bei der Regierung eine gewisse Mindestmauer herzugeben; man habe gelöst, so ist verleugnet, ja befehlhaft für die Regierung. Es könnte nicht begreifen, wie man zu einer solchen Annahme kommen könnte; sein Vorwurf ist geweisen, seine Bedenken in sachlicher Form gelten zu wollen. Es hätte sich bei mir auch nicht um Rechthaberei gehandelt, sondern hätte er ganz anders ausdrücken können. Vor allem sei er bei seinen freudigen Bemerkungen davon ausgegangen, daß das Gesetz bei der Rechtsprechung überwiegende Mängel werde erkennen lassen. Es sei in der Deputation zu klären, was man getan hat.

Abg. Rühlmann (cont.): Abg

Aufklärung!

Durch unzählige Anfragen aus der Dresdner Einwohnerschaft veranlaßt, teilen wir ergebenst mit, daß der **Streik** in der

Weizenmühle Coschütz Roggenmühle u. Brotfabrik Dresden-Plauen in Firma Gebr. Braune

unverändert fortduckt, da das alte eingerichtete Personal mit Ausnahme von drei Personen es ablehnt, unter den in diesen Betrieben existierenden Verhältnissen die Arbeit aufzunehmen und die Firma bei den stattgefundenen Verhandlungen während des dreitägigen Waffenstillstandes keinerlei Eindruck gezeigt hat.

Unbekannt vorzügliches Mühlenbrot
liefernde Bäckereien und Brotfabriken, welche sich mit den Arbeitern geeinigt haben, werden wir in den nächsten Tagen bekannt geben.

Die Streikleitung.

Plauenscher Grund u. Umgegend.

Mittwoch den 3. Juni, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

Öffentliche Gewerkschafts-Versammlung

in der Roten Schenke zu Döhlen.

Tages-Ordnung:

Der Wert der Arbeiter-Ausschüsse in den Betrieben.

Referent: Genoss. Nich. Oels, Dresden.

Diskussion.

Das Erscheinen aller Arbeiterausschuhmänner, Betrautensmänner, Delegierten in den Betrieben, sowie Funktionären der Gewerkschaften wird erwartet. Der Vorstand des Gewerkschaftskartells Pl. Grund. Die Einberufer: Kurt Griesbach, Döhlen, Thorandter Str. 78d; Reinb. Fischer, Döhlen, Golzthaler Str. 29 b

8. Kreis. Gruppe Zschachwitz.

Freitag den 5. Juni, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, nicht Dienstag

Mitglieder-Versammlung

im Gasthof Goldne Krone, Kleinzschachwitz.

Tages-Ordnung:

1. Befreiung der Brüder und Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag über: "Grundbegriffe der Abstammungstheorie". Referent: Genoss. Meenzen.
3. Vereins-Angelegenheiten.

Die Mitglieder werden erlaubt, recht zahlreich zu erscheinen. D. V.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Einzelmitgliedschaft Dresden und Umg.

Heizungsmeuteure! Helfer!

Montag den 8. Juni (2. Pfingstmontag), früh 11 Uhr

Öffentl. Versammlung

im Saale des Volkshauses, Ritterbergstraße 2.

Tages-Ordnung:

1. Was lehrt uns die wirtschaftliche Kritik? Referent: Kollege Marx.
2. Branchenangelegenheiten. — Debatte.

Gasthof Wölfritz.

Gedenktag Mittwoch: Grosses Militär-Konzert.

Mittwoch den 3. Juni 1908, abends 8 Uhr

Grosses Militär-Garten-Konzert

von der Kapelle des 2. Grenadier-Regiments Nr. 101. Direktion: L. Schröder.

Programm 10 Bl. Es kostet ergebnist ein

G. Möller.

Restaurant Union, Huttenstrasse 7

empfiehlt keinen Gesellschaftssaal und schönen Garten allen Freunden und Gewerkschaften zur süßen Benutzung. Für gute Speisen und Getränke wird bestens gesorgt. Hochzeitssaal Gustav Frank u. Frau.

Berantwortlich für den rebellischen Teil: Robert Groß, Dresden. — Berantwortlich für den Instrumentalteil: Reinhold Götsch, Dresden. — Druck und Verlag: Raben u. Söhne, Dresden.

Gasthof Reitzendorf

10 Minuten vom Gasthof Meix empfiehlt einen schönen Saal für Gesellschaften und Vereine unentgeltlich. Hochzeitssaal

August Müller.

Sport-Ecke
77 Pfotenauerstr. 77
Täglich:
Gr. Künstler-Konzert

Saal frei!
Hoherwitz bei Pillnitz
Gasthaus z. Kronprinz.
Telef. Bahn Bergstr. 6, nach 1 Uhr.

Renoviert!
Schröters Restaurant
Kleinzs., 60. Hälfte ist
empfiehlt sich angelegernd.

Verband der baugewerb. Hilfsarbeiter Deutschland

Zweigverein Dresden und Umgegend.

Todes-Anzeige.

Sonntag den 31. Mai 1908 starb unerwartet unser Kollege

Woldemar Wetzig

im schönsten Mannesalter von 34 Jahren.

Leicht sei ihm die Erde!

Die Beerdigung findet Mittwoch den 3. Juni, mittags

12 $\frac{1}{2}$ Uhr, auf dem Striesener Friedhof statt.

Um zahlreiches Geleit der Kollegen zur letzten Ruhestube erucht.

Die Verwaltung.

Verband d. Sattler. Zahlstelle Dresden

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 31. Mai, vormittags 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, nach langer Krankheit unser treues Mitglied

Karl Kirsten

im Alter von 35 Jahren an der Proletarierkrankheit gestorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Um zahlreiche Beteiligung zur letzten Ruhestube erucht.

Die Ortsverwaltung.

Die Beerdigung erfolgt Mittwoch den 3. Juni, nachm. 3 Uhr

auf dem Striesener Friedhof.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Donnerstag den 4. Juni, abends 7 Uhr

Allgem. Delegierten-Versammlung

im Volkshaus, Ritterbergstraße 2.

Tages-Ordnung:

1. Entwurf zum paritätischen Arbeitsnachweis. Referent: Kollege J. Göttfied. — 2. Gewerkschaftliches.

Mitgliedsbücher und Delegiertenkarten sind zur Kontrolle mitzubringen. Jeder Betrieb muss vertreten sein. Die Verwaltung.

Achtung! Sonnabend den 6. Juni Bureau-Schluss nachm. 5 Uhr.

Öffnungszeiten für Gross- u. Kleinhochschule und Zuschauer.

Dienstag den 9. Juni geschlossen. In Tagen vor hohen Festen um 1 Uhr geschlossen.

Der Vorstand.

Watzkes Ball-Etablissement, Dr.-Mickten.

Sonntags feiner Residenz-Ball.

Empfehlung meiner freundl. kleinen Saal als Vereinszimmer sowie zur Ablösung von Hochzeiten, Familien- u. Vereinsfeierlichkeiten. Raum: bis 120 Personen. Hochzeitssaal Watzke.

K. Günzels Zahnpraxis jetzt: Wettiner-

Rüste 20, I.

Räumliche Bühne mit und ohne Blätte. Schönste Behandlung. Gewissenhafte Ausführung bei äußerster Preisfesthaltung.

Teilzahlung gestattet! Vorziger dieses erhält 5 Proz. Rabatt.

25 M. Belohnung!

Mittwoch abend ist in der Nähe des Wilden Mannes ein raffinierter schwärmiger Dachshund abhanden gekommen. Wer die Wiedererlangung des Hundes erwünscht, erhält obige Belohnung. Im Beisein derselben auch die angrenzenden Dörfer Vogelsdorf, Weissenberg, Wahnsdorf kommen.

Dresden-Tr., Schützenhoffstraße 56. Telefon 5725.

Unserem treuen Mitarbeiter

Heribert Heissel von Mayenburg und Braut entbieten wir zum heutigen Hochzeitstage baldi Glückwunsche.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands. Bezirk Dresden.

Nach kurzem, schwerem Leid verschied in der Nacht zu Sonntag meine treuherrnde Gattin, unsere herzensgute Frau, Frau Berta Richter im Alter von 45 Jahren.

Um ihres Leidet bittet die liefrannte Familie.

Dresden, den 31. Mai 1908.

Johannstr. 2, 3, u. Jacobsgasse 12

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch nachmittag 3 Uhr

von der Halle des Johanniskirchhofes in Lößnitz aus statt.

Rathaus aus statt.

Nach kurzem, aber schwerem Leid verschied heute meine liebe

Frau, unsere Mutter und Schwägerin Anna Schneider im Alter von 38 Jahren.

Dies zeigen lieblich an Schmiedeberg den 1. Juni 1908.

Der traurende Sohn Bruno Schneider steht Leider Grabs.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 4 Uhr von der Totenhalle aus statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau Alma Stauff gest. Ihr Sonntag abend 6 Uhr nach schwerem Leid verstorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch 1 $\frac{1}{2}$ Uhr von der Halle des Lößnauer Friedhofes aus statt.

Der liebste Sohn steht Grabs.

Rathaus aus statt.

Bahnung berechtigter Interessen.

Zum November 1907 wurde der Genosse Löffler vom Bauhilfsarbeiter vor der Strafkammer IV des Landgerichts Hamburg von der Anklage, den Amtsvorleser, Freiherrn v. Reichenstein in Beilau, Kreis Neumarkt in Schlesien, beleidigt zu haben, freigesprochen, weil er in Bahnung berechtigter Interessen gehandelt habe. Wie seinerzeit mitgeteilt, hatte Löffler in seinem Blatt die Versammlungsverbote des edlen Freiherrn in ironischem Tone kritisiert. Der Amtsgewaltige hat die Bestimmungen des früheren Vereins- und Versammlungsgesetzes eigenartig ausgelegt. Einmal musste zu einem Verbot, von dem eine Bauhilfsarbeiterversammlung betroffen wurde, die Maul- und Klauenrente herhalten.

Gegen das freisprechende Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingeleitet. Das Reichsgericht hatte darauf die Sache an die Vorinstanz zurückgewiesen. In der Verhandlung erkannte das Gericht abermals unter Zustimmung des Schutzes des § 193 auf Freisprechung.

Arbeitssekretär gefügt.

Wegen Ungliederung der Kartellschäfte und der gewerkschaftlichen Agitation an das Arbeitssekretariat wird für dasselbe zum baldigen Amttritt (1. Juli) ein zweiter Beamter gefügt. Anfangsgehalt 2000 M. Derselbe muß sowohl in den Sekretariats- wie Gewerkschaftsschäften erstaunlich sein. Bewerbungen, denen ein kurzer Lebenslauf beizufügen ist, sind mit der Aufschrift "Bewerbung" bis spätestens 15. Juni d. J. an das Arbeitssekretariat Stuttgart einzureichen.

Neues aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnglüx.
Rüttich, 1. Juni. Der 10 Uhr-Eilzug Paris-Köln ist bei dem Kreuzungspunkte Chêne-Herde wahrscheinlich durch den Bruch einer Schienenverbindungsstange auseinander gerissen worden. Während die Maschine mit den vorderen zwei Wagen die Fahrt fortsetzte, rollten die letzten vier Wagen die abschüssige Strecke nach Chêne-Herde zu. Hierbei stürzte ein Wagen um und wurde teilweise zertrümmernt. Zahlreiche Passagiere wurden verletzt. Eine Frau tödlich. In dem Zug befanden sich zahlreiche Deutsche.

Rüttich, 1. Juni. Zu dem heutigen Eisenbahnglüx ist noch zu berichten, daß es sich um den D-Zug 68, Brüssel-München, handelt. Die drei letzten Wagen dieses Zuges entgleisten und der vorletzte Wagen stürzte gegen das Weichenstellerhäuschen, welches vollständig zertrümmernt wurde. Die Bahndirektion bestreitet, daß Tote zu beklagen seien. Eine Privatperson versichert jedoch, daß mindestens eine Person ums Leben gekommen ist. In dem umgestürzten Wagen, welcher eine Steede mitgeschleift wurde, befanden sich 15 Reisende. Die meisten waren deutscher Nationalität. Von diesen sind sechs schwer verletzt. Darunter der Kaufmann Troitzky, sowie der östlicher Ingenieur Scheuer. Die beiden sind tödlich verletzt. Die übrigen Verletzten erhielten die erste Hilfe von einem Nachbar Arzt, der sich im Zug befand. Der Unfall verursachte große Verkehrsstörungen. Zahlreiche Arbeiter sind mit den Räumungsarbeiten beschäftigt. Sämtliche Züge auf dieser Strecke hatten große Verzögerungen.

Untere Bahnhofsfälle.

Apolda, 1. Juni. (Amlich.) Heute nachmittag ist Schnellzug Nr. 9 auf der Strecke Weimar-Ochsenfurt mit dem letzten Wagen entgleist. Ein Reisender wurde schwer, zwei wurden leicht verletzt.

Nordhausen, 1. Juni. (Amlich.) Bei dem Haltepunkt Apolda entgleiste heute nachmittag eine Waffe des Spezialwagens im D-Zug 68. Personen wurden nicht verletzt. Der Materialbedarf ist gering.

Ottawa, 1. Juni. In Owen-Sound im Staate Ontario ist auf der Canadian-Pacific-Bahn eine Lokomotive auf ein abschüssiges Gleis geraten und gegen einen Eilzug gerannt. Der Lokomotivführer des Eilzuges wurde schwer verletzt, der Zug teilweise zertrümmernt. Unter den Trümmern entstand eine Feuerbrunst; eine größere Anzahl von Passagieren wurde verletzt.

Brüssel, 1. Juni. In der Vorstadt Etterbeek sind gestern zwei Kinder beim Spielen in einer Sandgrube verschüttet worden. Eines der Kinder wurde als Leicht aufgegraben, das zweite gab nach Lebenszeichen und es besteht die Hoffnung, daß es am Leben erhalten bleibt.

Dover, 1. Juni. Der Kapitän des Dampfers "Var de Galais" berichtet, auf hoher See zwei stark beschädigte Dampfer getroffen zu haben, welche während des dichten Nebels zusammengetroffen waren. Weitere Schleppdampfer sind sofort zur Hilfeleistung abgegangen. Es handelt sich, wie festgestellt wurde, um den Dampfer "Voronez" aus Rotterdam und den Dampfer "Queens World". Ein schwedischer Dampfer wird ebenfalls als schwer beschädigt auf See signalisiert; Hilfe ist abgegeben. Ferner wird ein Zusammenstoß zwischen dem Dampfer "Voronez" und einem unbekannten spanischen Dampfer, der seine Fahrt fortsetzte, gemeldet. Die Besatzung des Dampfers, 212 Mann stark, ist gerettet worden; der Voronez gilt als verloren.

Briefkästen.

Frage ohne Namensunterchrift werden nicht beantwortet.

G. W. Remnik. Seinen Dank für die Mitteilung.
H. R. Torgauer Straße. Vor einigen Tagen beantworteten wir eine Frage, ob Schulgeldschänden als Namensunterstützung angesehen würde, dahin, ob sie dies zweckmäßig. Wir können Ihnen jetzt noch eingehender Beleuchtung mit dieser Frage mitteilen, daß Schulgeldschänden eine Art von politischen Ehrenrechte, also auch nicht des Wahlrechts zur Folge haben kann. Ein anderes ist es aber bei den Schulablagen, die es aber ja in Dresden nicht gibt. Nichtständige Schulablagen führen nach zwei Jahren zum Verlust des Stimmbuchs wie Nichtständigkeit anderer Steuern.

H. G. Schillerstraße. Vielleicht erhalten Sie die erbetene Auskunft von der Redaktion des Volksfreunds in Karlsruhe.

Reichenstraße 24. Erstklassige Auskunft wird nicht erteilt.

G. W. Heidenau. Das erstmals in der Diebstahl von uns nach dem Polizeibericht mitgeteilt worden.

Reichenstraße 65. Wenn Sie, wie Sie selbst angeben, die Sachen den Abmachungen zwiderwider in die Länge gezogen haben, läßt sich natürlich gegen eine Fortsetzung der Klage nichts tun.

P. S. Unterbreiten Sie diese Angelegenheit zunächst der bietigen Verbandsleitung des Schuhmachers, Volkshaus, Stigenerbergstraße 2. Wir können auf solche Anregungen nur eingehen, wenn die selben durch die zuständige Organisation an uns gelangen.

P. B. Postkapelle. Eine Streitklausel bei Papierfabrik Gütersloh nicht — schon deshalb nicht, weil alle Papierfabriken Deutschlands, sofern sie irgend welche Bedeutung haben, dem Kinge der Vereinigung Druckpapierfabrikanten angehören.

H. P. Bülowstraße. Sie können zum Zahnen verpflichtet werden.

Sie hätten nicht unterschreiben dürfen.

G. W. Thorander Straße. Ein Abonnement teilte uns dankens-

werter Weise mit, daß die alte Witterungsliste Gleisankündigung hatte. Dem ehrigen Besitzer ist aber der Gleisankündigung entgangen worden.

Görlitzer Waren-Einkaufs-Verein.

Kernseifen

im Preise ermäßigt:

Weisse Talgkreide	2 Stad = ca. 1 Pf. 38 Pf.	Stad 8 Pf.
Gebl. Oranienburger Kernseife	2 Stad = ca. 1 Pf. 34 Pf.	Stad 10 Pf.
Geblaue Harzkerneise	2 Stad = ca. 1 Pf. 32 Pf.	Stad 10 Pf.
Verdiente Kernseifen sind wasserlöslich rein und gut ausgetrocknet. Man lasse sich bei diesem Artikel nicht durch einige billigeren Preise beeinflussen. Nur die besten, gut ausgetrockneten Seifen sind im Verbrauch die billigsten.		
Braune Seife		Stad 15 Pf.
Terpenin-Sparseife		Stad 15 Pf.
Oberschäleseife, jede 2 Pf.		Stad 25 Pf.
Regerseife, als besonders preiswert befindet zu empfehlen	1 Pf. Pf. 36 Pf.	Stad 20 Pf.
Elsenebeineise "Elefant"		Stad 20 Pf.
Beilchen-Kerneise		Stad 20 Pf.
Sunlight-Seife		Stad 20 Pf.
Gelbgelönte Elainshimierseife		Stad 25 Pf.
Terpenin-Salmialshimierseife		Stad 25 Pf.
Döbelner Schmierseife		Stad 30 Pf.
Wasserglas-Seife		Stad 30 Pf.
Ochsenhaut-Seife, zum Befestigen von Fleisen	Stad 7 Pf. Stad 30 Pf.	Stad 50 Pf.

Seifenpulver:

Pa. Seifenpulver	1/2 Pf. Pf. 10 Pf.
Dr. Thomsons Seifenpulver	1/2 Pf. Pf. 15 Pf.
Extrafeines Beilchen-Seifenpulver mit Zugaben	1/2 Pf. Pf. 15 Pf.
Löschs Beilchen-Seifenpulver	1/2 Pf. Pf. 12 Pf.
Löschs Salvia-Seifenpulver	1 Pf. Pf. 20 Pf.
Globus-Seifenpulver	1 Pf. Pf. 20 Pf.
Minlosches Waschpulver (Lessive Phénix)	1 Pf. Pf. 25 Pf.

Soda:

Schärfste kristallisierte Soda	1 Pf. 5 Pf.
Beste faszinierte Soda	1 Pf. 7 Pf.
Patent-Fein-Soda	2 Pf. Pf. 12 Pf.
Union-Bleichsoda	1 lbs. Pf. 10 Pf.
Heuels Bleichsoda	1 lbs. Pf. 12 Pf.

Stärke:

Beste Alderstärke zum Kochen und Backen	1 Pf. 25 Pf.
Prima Weizenstärke	1 Pf. 30 Pf.
Germania-Reisstärke	1 Pf. 32 Pf.
Allerfeinste Reisstärke "Kaze"	1 Pf. 38 Pf.
Brillantglanzstärke	1 Pf. 42 Pf.
Mads Doppelstärke, à Karton 1/2 Pf. 22 Pf. 1 Pf. 44 Pf.	Karton 15 Pf.
Hoffmanns Silberglanzstärke	Karton 20 Pf.
Hoffmanns Cremestärke	Karton 20 Pf.

Wasch-Artikel:

Beste reiner Borax	1 Pf. 30 Pf.
Globus-Borax, doppelt raffiniert	Karton 10 Pf.
Kaiserborax	Karton 10, 20 und 50 Pf.
Allerbestes Ultramarin-Waschblau	Karton 15 Pf.
1 Pf. Pf. 14 Pf. 1/2 Pf. Pf. 8 Pf.	
Best 3 Einmachdeckel 4 und 7 Pf.	
Wäscheglanz-Pflossam (Plättling)	Karton 9 Pf.
Denzlon, Brillantglanzcreme	Karton 8 Pf.

Toilette-Seifen:

Keine Toilette-Seife "Schlender"	Stad 8 Pf.
Lanolinseife	Stad 9 Pf.
Familienseife, sehr fein und mild	Stad 10 Pf.
Wandseife, Rosenseife, Glycerinseife	Stad 10 Pf.
Mandel- u. Glycerinseife in Stielrinde	Stad 25 und 30 Pf.
Kinderseife, ganz mild	Stad 15 Pf.
Lanolin-Goldcreme-Seife	Pf. mit Pf. Stad 10 Pf.
Buttermilch-Seife, sehr mild	Stad 25 Pf.
Dr. Starls Stern-Baselme-Seife	Stad 25 Pf.
Blumenseife in eleganter Ausstattung	Stad 20 Pf.
Thieracs Fetteise	Stad 20 Pf.
Fräuenlobseife	Stad 20 Pf.
Elsen-Hoferseife-Toiletteseife	Stad 20 Pf.
Niederschäfe, kleines Parfüm	Stad 20 Pf.
Rosenseife	3 Stad 70 Pf.
Neroli-Fetteise	Stad 25 Pf.
Ella-Beilchen-Glycerinseife	Stad 25 Pf.
Nadebenter Villenmittelseife	Stad 30 Pf.
Kaiserborax-Toiletteseife, rotes	Stad 50 Pf.

Pomaden:

Baseline- und Rosen-Pomade	große Taf. 8 Pf.
Weiche Beilchen-Haar-Pomade	große Taf. 8 Pf.
Wundermar-Haar-Pomade	Taf. 9 Pf.
Klettenwurzel-Haaröl	Glas 9 Pf.

Schuhlacke und Cremes:

Prima schwarze Leder-Appretur	Stad 25 Pf.
Prima Kaiser-Lack (rosa) schwarzer Lack	Stad 18 und 35 Pf.
Prima Glanz-Leder-Lack (grün, Perl-Lack)	Stad 35 Pf.
Gummijah-Lack	Stad 20 Pf.
Prima Strandjahn-Lack, gelb, orange und rot	Stad 12 Pf.
Prima Strandjahn-Lack, extra hellgelb (Luminous)	Stad 18 Pf.

Die Flaschen sind mit Schwammkopf verziert!

Prima Strandjahn-Creme, gelb-orange (Gelatine)	Taf. 10 Pf.
<tbl_info cols

Konsum-Verein
Vorwärts
empfiehlt
Matjesheringe
a Stück 10 Pf.

Malta-Kartoffeln
a Pfund 10 Pf.

Neu eröffnet!

Zu kaufen billigsten Preisen
tauschen Sie bei mir herrschaftliche,
wenig getragene Jacken,
Hosen, Schuhe, Anzüge, ein-
zelne Jacken, Westen, Hosen,
Schuhwerk, alt u. neu. Auch
Neuwaren sehr billig nur
Zentralbekleidungshalle Neue Straße 13.

**Zu Pfingsten
auf Kredit!**

Kleine Anzahlungen!!

Großer Posten
Herren- u. Knaben-Garderobe

Schuhwaren

sowie alle Arten Manufakturen-
waren, einzelne Möbelstücke und
ganz Einrichtungen von 1 M.
Abbildung möglichlich an, nur bei

E. Goldhammer

Pillnitzer Straße 14, 1. Et.

Herren - Wäsche

Krawatten, blaue Anzüge
kaufen Sie am billigsten bei

E. Köhler, Um Set 13.

Größtes Schuhlager Dresdens.



Verkaufs-Häuser:

Wettinerstraße 31–33

Ecke Mittelstraße.

Pirnaischer Platz

Ecke Grunaer Straße.

Hauptstraße

Ecke Ritterstraße.

Augsburger Straße 22

Ecke Tittmannstraße.

Dresden-Neustadt
Königin-Carola-Platz
Nur noch einige Vorkellungen!
Fey's

Zweimaster-Chapitaux

Theater Cinephon,
Mittwoch den 3. Juni, abend
von 4 bis 6 Uhr
Letzte große Kinder-

Familien- Vorstellung

Erwähnte Preise.
Jeder Erwachsene ein Kind ist
abends von 8 bis 11 Uhr

Sonder- und —Humor-Vorstellung

Kinder keinen Zutritt!
Pariser Leben! – Liebeskraft
und Freiheit! – Röschen kann
nich aus!

30 Brillante Weltstadt-Novitäten!
u.s.m. v.m.

Kluge Eheleute

für Kinderwagen,
Sportwagen, Kinder-
Bettstühle, Litter-
wagen u.s.m.

Gebr. Eichhorn

Trampolin, 17
(neben der Grottotheater-Halle)
weil der Dienstumzug dieser Firma
eine Billigkeit des Preises erzielte
die von anderer Seite nicht zu
mindestwüriger Ware kaum zu
nähern erreicht werden kann.
Kinderwagen M. 12,50 bis 67.—
Sportwagen M. 4.— bis 21.—

Mutterspritzen

Spülkannen, Leib-
binden, Gummistrümpfe
Hilfe bei Störung d. Bl.

Frauenartikel

Preis-Liste gratis u. läuft.

Rich. Freisleben

Postplatz.

Man achtet genau auf Firmen-
ze auf diese Konzession Rabatt.
Gute gerr. Anzüge, Schuhwaren
für Herren und Damen könn.
M. Nicolai, Klein-Nicolaie 1.

Rover Herren- u. Damenk. 21.
u. ohne Preis, bill. preis.
Gew. Teile. Gr. Brüder. 21. II.

Alte Federbetten

Feder-Matratzen, Matratzen 12.
Gefüllte, Rügen, Reklamaten.
G. E. Zimmermann, Torgaustrasse 30.

Anschluß zur Auswanderung

nach Brasilien oder Argentinien habt
früher Mann, Offizier, d. M.

C. F. 100 an die Gr. d. M.

Tückiger

Ein kräft. Bursche

von 14 bis 17 Jahren, ist zum
Handelsfach nach Hof. schule. Offizier
unter K. M. Gr. d. M.

Tückiger

Liedermeister

für Männer-Gesangverein Abschluß-
feier. Offizier an Otto Sonnen-
tag, Willibald h. Dr. Rabbeburg
Straße Nr. 91.

6. Wahlkreis. Gruppe Striesen.

Hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriger Parteigenossen

der Maurerarbeiter

Woldemar Wetzig

im Alter von 34 Jahren verstorben ist. Wir werden sein Er-
denken in Ehren halten! Die Gruppenverwaltung.

Die Verdigung findet Mittwoch den 3. Juni, mittags 12½ Uhr,

auf dem Striesener Friedhof statt.

Gür außere gebrachten Abonnenten in Böhmen und Böh. liegt

der benötigte Auftrag ein Brief von der Firma Hofmann,

Leibnitz, bei

gefördert von der

Deutschen Forschungsgemeinschaft

DFG

Allerfeinster, saftiger
Schweizerkäse
1 Pfund 80 Pf.

bei 5 Pfund 1 Pfund 78 Pfennig
bei 10 Pfund 1 Pfund 76 Pfennig

F. E. Krüger
Webergasse No. 18

Telephone 1012

Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Curt Wilkerling, Pieschen, Mohnstrasse 2
Tischler- und Polstermöbel sowie komplette Ausstattungen sollen
nach Umbau zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden.

Schwenkes Kornkaffee
2 Teile mit 1 Teil Bohnenkaffee wohlschmeidendstes Familiengetränk.
Proben gratis. Bernhard Schwenke, Radebeul 17, Gartenstr. 30.

Kranke Frauen. Gute getragene
kleidung auch elegante neue
Herren- und Damen-Kleider
aller Art verkauf billig wegen Laden-
miete-Ersparnis nur daß I. Dresden
Kleidermagazin, Wilsdruffer 1. I.

Mutterspritzen
Spülkannen u. 1 M. an, Leib-
binden und alle hängentischen
Frauenartikel.

Wäsche gratis. 15 Proz. Rabatt.
Lose zur 154. Königl. sächs.
Landes-Lotterie
empfiehlt u. verleiht
die Lotteriefeststelle
Karl Hüttner-Zigarrenhaus
Schmiedeberg (Bez. Dresden)

12 bessere Herrenanzüge
Gelegenheit! billig zu verkaufen.
20 eins. Sofen 2½, 6, 9, 11.
Tuchlager Amalienstr. 17, I.
Mob. Kleber. u. Sportwagen ver-
billig Reichsstraße 3, 1.

Frau Heusinger
Rum See 37.
Gute Dipoldistalauerplat.

Alle Arten herrschaftl. gekr. u. gut
erhalt. Kleider, Schuhwaren,
Wäsche usw. wird billig verkauf.
Gr. Brüdergasse 10, II.

**Kredithaus
Julius Jttmann**

Inh.: Oskar Freudenfeld

**Neumarkt 9, I., im Hause
der Post**

liefer

Möbel Herren- u. Kinder-Konfektion
Manufakturwaren
Damen-Konfektion, Gardinen

Anzahlung auf Möbel
von 8 M. an.

**Abzahlung
spielend!**

Anzahlung auf Waren
von 5 M. an.

Beachten Sie bitte meine Preise!

Ansicht ohne Kaufzwang gern gestattet.

Kredit auch nach auswärts! — Kredit auch nach auswärts!

2 Jahre Garantie auf Möbel!

Eheleute

verlangt neuesten, großen Katalog
1908 nebst Anrechnungsblättern
über hygien. Geburtshilfe gratis
u. franco. I. Adams Buch., Verges. 5.

Sofas auf gearb.
Plüsch rot und
grün

38, 45 u. 54 M.

Wilsdruffer Straße 33, 1. Et.

Reparatur

Feder 75 Pf. Rahmen 1.

Amalienstraße

Etag. Dresdner 1. Etage.

1 Maassanzug 16 M.

aus Stoffresten und Varietäten.

1. Wettbewerb 16 M. Größe 16, 18, 20, 22, 24.

W. Müller Jr. Max Bäcker, Haller 11.

Möbel, Werkzeuge

Bücher. Ein- und Verkauf.

Henker, Rausbachstr. 28.

Gut erhalten. Kinderwagen mit

Gummireifen billig zu verkaufen.

Gotha 11. Ecke. L. r.

Hinterwagen, Sportwagen

viel billiger als in groben Laden.

Jeder überzeugt sich vor Kauf.

Littengasse 8, parterre

Gut erhalten. Kinderwagen mit

Gummireifen billig zu verkaufen.

Gotha 11. Ecke. L. r.

Vollmilch, ltr. 18 Pf.

Kurfürstenstr. 18. Wettinerstr. 7.

Röhrenmaschine Biebold & Lode, noch sehr guter Zustand.

preiswert zu verkaufen Dr. Bößau,

Görlitzer Straße 37, part. r.

H.-Rad gut erhalten für 38 M. zu verkaufen.

Wettbewerb 19, 1. Etage.

Möbel solid u. preiswert, moderne

Rüben, Schloß u. Salons

nur b. J. Roth, Wettbewerb 4.

Neu eingetroffen:

Großer Fabrikrest in all. Gr. 1. bill.

Waren. Deuben. Ida Gläser,

Görlitz Linie, 1. Etage.

Hinterwagen, Sportwagen

viel billiger als in groben Laden.

Jeder überzeugt sich vor Kauf.

Littengasse 8, parterre

Gut erhalten. Kinderwagen mit

Gummireifen billig zu verkaufen.

Gotha 11. Ecke. L. r.

Speisekartoffeln

Sortiment von 2,75 M. an empfohlen

E. Dittrich, Ostbahnhof.

Gebogenholt! Schuh! Guten Posten

neuer u. günst. Anzüge u. Kosten ver-

bill. Gebler, Schubert, Brüdergasse 8, I.

Zieharmosika, v. H. Kretzschmar, 11, 11.

Speisekartoffeln

Sortiment von 2,75 M. an empfohlen

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 125.

Dresden, Dienstag den 2. Juni 1908

10. Jahrgang

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

124. Sitzung vom 1. Juni 1908.

Direkte Steuern.

(Fortsetzung.)

Finanzminister Dr. Rüger (Schwar verständlich) erhebt Einwendungen gegen die Ausführungen des Abg. Merzel. Was die Bewertung der Spezialfonds der Allgemeinschaften betrifft, so sei er sagen, dem Name kann gehorchen werden (Heiterkeit), doch sei hierzogt eine besondere Gesetzesbestimmung nötig. Gegen eine Bewertung der Grundsteuer müsse er sich erläutern. Es sei dazu eine Gleichaufnahme des gesamten Landes nötig. (Sehr richtig!) Man solle vor allem bedenken, dass die Grundsteuer keinen Abzug der Schuldenkosten gestattet. Der landwirtschaftliche Grundbesitz sei aber zum großen Teil stark verjüngt; Grundbesitz auf dem Lande, der Miete brachte, wurde genau so zur Steuer herangezogen wie solcher in der Stadt; man könne aber Grundbesitz, der kein landwirtschaftlichen Zwecken diene, nicht nach dem Wert abhängen. — Auf diesen Fall müsse er ablehnen, seinen Stäaten zu verbieten, Kommentare zu Steueraufnahmen abzugeben. Er sei froh, dass er solche Kommentare habe. Uebrigens habe jeder Gelehrte das Recht, sich schriftstellerisch zu betätigen. Das könnte man auch den Regierungsräten nicht absprechen. Was die Besteigung der untersten Steuerstufen anbelange, so melle er mir darauf hinzuweisen, dass manche Staatsbürgere schärfer von der Steuer betroffen werden als viel solche, die der Steuerklasse II oder I angehören. (Gelehrte sehr richtig)

Abg. Bauer (nachl.): Mit dem Vorlage des Abg. Rüger, die untersten Steuerstufen zu besteuern, könne er sich nicht einverstanden erklären.

Abg. Rübel (nachl.): Die Steuerbefreiungen der Fonds der Allgemeinschaften halte er nicht für richtig, ebenfalls die Steuerbefreiung für außerordentliche Abschreibungen und Schuldentlastung. Wollte man aber die Rücksichten berücksichtigen, werde man eine Befreiung für das Aktienkapital in Abzug bringen müssen. Ob dabei der Staat besser als jetzt wegkomme, sei sehr fraglich. Es sei interessant, dass die vom Abg. Merzel angegriffenen Steuerbefreiungen vom früheren Abg. Georgi im Einkommensteuerrecht aufgenommen werden sollen. Der Wegfall der untersten Steuerstufen würde die Gemeinden, die die Steuern erheben müssen, eine Erleichterung sein.

Finanzminister Dr. Rüger: Da die Gemeinden die kleinen Einkommen nicht von der Gemeindesteuer befreien können, sei es eine Arbeit, wenn sie die Staatssteuer mit erheben. (Sehr richtig!) Lieber die Bewertung der Allgemeinschaften lasse sich sehr viel reden. Die Sache werde von der Regierung im Auge behalten werden.

Abg. Höhner (nachl.): Nach seinen Erfahrungen sei der südliche Grundbesitz bei der Steuer besterstellt als der ländliche. Daß man die Spezialreservefonds der Allgemeinschaften von der Steuer freilasse, werde im Lande niemals vorhanden werden. Am übrigen befaßtoreder Redner eine Progression der Ergänzungsfeste. Dadurch würden 2 bis 3 Millionen Mark mehr einkommen. Auch durch eine schwärze Progression der Einkommenssteuer von Einkommen von 50 000 M. an würde ein erheblicher Mehrbetrag ergiebt werden.

Abg. Bauer: Es sei gegen die Allgemeinschaften schärfer geacht worden. Mit einer späteren Besteuerung dieser Betriebe werde man aber die ganze Industrie treffen und belämmern.

Abg. Merzel: Wendet sich gegen einige Redner, die seine Anregungen bestrengt haben. Dem Finanzminister wolle er erwidern, dass es sich um Gegenseite der Weltanschauung zwischen Konkurrenz und Liberalen handle. Der Minister habe gesagt, man dürfe die Landwirtschaft nicht beurteilen, mit der fortwährenden Beurteilung der Industrie sei man aber anscheinend einverstanden. Mit dem Grundbesitz sei ein Rücksichtnahmen kommen man nicht weiter. Man habe auf den Abg. Georgi hingewiesen; er sei aber nicht wie Georgi an Kapitalbesitz beteiligt.

Finanzminister Rüger bestreitet gegenüber dem Abg. Merzel, dass in seinem Kommentar zur Ergänzungsfeste etwas steht, das gegen das Gesetz spricht. Im übrigen vertreibt sich der Redner über Einzelheiten der Steuerbefreiung.

Vizepräsident Dr. Söhni (nachl.): Der Abg. Merzel habe bis heute dar gestellt, als hätte der Abg. Georgi deshalb Erleichterungen für die Besteuerung der Fonds der Allgemeinschaften durchgesetzt, weil er an solchen Gesellschaften beteiligt gewesen sei. Er bitte dringend darum, Ausführungen nicht in Formen zu kleiden, dass man daraus auf eine Bemalung eines hochgelehrten Verordnungsmitgliedes dieses Hauses schließen könne. Hätte man bei der Ergänzungsfeste die juristischen Versionen alle steuerpflichtig machen wollen, hätte man auch die Konkurrenz und andere Geschäftsführer zur Steuer heranziehen müssen. Das aber hätte man vermeiden wollen. Wenn der Abg. Merzel von landwirtschaftlichen Großunternehmen gesprochen, die sehr gut entrichten, so sei darauf zu erwidern, dass diese überhaupt Entrichte nicht brachten. Von einem Gegenstand sprachen den Nationalliberalen und Konkurrenz, kommt man hier nicht jenseit; es läuft hier darauf an, eine gerechte Besteuerung herbeizuführen.

Abg. Höhner (nachl.): Der Abg. Merzel solle erklären, ob er mit seiner Ausführung gegen den Abg. Georgi habe Unterschieden zu äußern geben wollen.

Abg. Ambros (nachl.): Die Landwirtschaft habe jetzt von dem angelegten Kapital nur eine Rente von 3 Prozent. Wie man da eine schwärze Besteuerung der Landwirtschaft fordern könne, versteht er nicht.

Abg. Merzel erklärt noch, nicht die Ansicht gehabt zu haben, Georgi herauzheben.

Schließlich wird bei Kapitel 20 die Einnahme mit 61 885 500 Mark, die Ausgabe mit 3 740 142 M. bewilligt.

Es folgt Artikel 12 des Artikels 20, Umbau des Opernhauses in Dresden bestehend. Es sollen dafür 80 000 M. also gemeinsam 40 000 M. eingestellt werden.

Der Beraterstaat, Abg. Steiger, bemerkt, die Regierung habe erst einen Bericht darüber am 17. Mai erfasst. Es läuft hierbei so weitgehende Erwiderungen juristischer Art in Betracht, außerdem sei der Kostenanschlag noch zu länden, doch es die Finanzdeputation habe ablehnen müssen, die Sache in so füger Zeit zu erledigen. Sie beantragt daher, die 80 000 Mark zur Zeit abzulehnen, der Regierung aber anbezeugen, die Wiederzulassung des Landtags eine entsprechende Vorlage wieder einzubringen.

Die Kassierer beschließt ohne Debatte demgemäß.

Bei Kapitel 22, Siedlung, wird beantragt, die Ausgabe von 3 650 000 M. auf 3 674 927 M. zu erhöhen, und bei Kapitel 23, Abzügen, die Ausgaben unter Abminderung um 183 750 M. und Abzügen, die Ausgaben unter Abminderung um 97 047 M. mit 875 648 M. zu unter Erhöhung der Einstellung um 97 047 M. mit 875 648 M. zu bewilligen. Die Erhöhungen werden mit der Neuabfördung des Betriebes begriindet, die Abzüglichungen der Spannungen ist auf den Tod der Königin Carola zurückzuführen.

Abg. Bär (nachl.): Im Lande werde man die Erhöhung der Zivilsteuern nicht verstehen. Es sei jetzt so bemüht, dass man daraus leicht auch die höheren Gehälter für die Hofbeamten zahlen oder durch Verminderung des Gehalts der Personalien sowie erforschen könne.

Abg. Goldstein (Sag.): Es werde gegen beide Kapitel stimmen, und zwar aus den Gründen, die früher von seiner Partei bereits dargelegt worden seien.

Die oben erwähnten Anträge werden gegen zwei Stimmen angenommen.

Es werden sodann die Berichte über die Nachtragssätze Nr. 43 und 50 erfasst, die nur rein technische Bedeutung haben.

Kapitel 91 betrifft Universität Leipzig. Nach einer völlig belanglosen Debatte, in der alleinige Verteidigungen verzögert werden, wird der Vorlage gemäß beschlossen, die Einnahmen mit 593 280 M. die Ausgaben mit 3 101 411 M. zu bewilligen, ebenso die vorgesehenen Neu- und Umbauten. Nur 100 000 M. die unter Titel 46 eingesetzt waren, werden vorläufig abgelehnt, weil die Kostenabschläge erst am 26. Mai an die Kammer gelangt sind.

Unsicher wird über Kapitel 93, Evangelische Kirchen betreffend, und zwar über einen hierzu vorgelegten Entwurf einer Verordnung über die Zulagen für Geistliche berechtigt. Danach sollen persönliche Zulagen für Geistliche gewährt werden zur Erfüllung des Einkommens ständiger Geistlicher von jährlich 2000 M. Dienstgehalt, von 3000 M. nach 3 Dienstjahren, von 4000 M. nach 6 Dienstjahren, von 5000 M. nach 12 Dienstjahren, von 4800 M. nach 15 Dienstjahren, von 5200 M. nach 18 Dienstjahren, von 6000 M. nach 21 Dienstjahren und 6000 Mark nach 24 Dienstjahren. Ausserordentliche Zulagen sollen gewährt werden in Fällen besonderer Schwierigkeit oder besonderer Arbeitslast, ausnahmsweise auch vorläufige in Fällen besonderer Familienverhältnisse. Bei der Berechnung des Einkommens wird die reale Wohnung oder die Vergütung für die Wohnung nicht berücksichtigt. Für die Staatsklasse erwähnt daraus ein Verbrauchswert von 224 000 M. pro Jahr. Doch soll die Bewilligung dieser Summe erst erfolgen, wenn ein Nachtragssatz darüber eingegangen ist. In diesem Bericht heißt es über die Verordnung: Auf jeden Fall wird die materielle Lage der Geistlichen eine sehr wechselnde und zum Teil noch ärgerliche sein. Es ist noch die in der Petition des Pfarrerverbands für Sachsen der Ständeversammlung unterbreiteten Wünsche hinzugetragen.

Abg. Bär (nachl.): Mit dem Vorlage des Abg. Bauer, die untersten Steuerstufen zu besteuern, könne er sich nicht einverstanden erklären.

Abg. Rübel (nachl.): Die Steuerbefreiungen der Fonds der Allgemeinschaften halte er nicht für richtig, ebenfalls die Steuerbefreiung für außerordentliche Abschreibungen und Schuldentlastung.

Abg. Höhner (nachl.): Nach seinen Erfahrungen sei der südliche Grundbesitz bei der Steuer besterstellt als der ländliche. Daß man die Spezialreservefonds der Allgemeinschaften von der Steuer freilasse, werde im Lande niemals vorhanden werden. Am übrigen befaßtoreder Redner eine Progression der Ergänzungsfeste. Dadurch würden 2 bis 3 Millionen Mark mehr einkommen. Auch durch eine schwärze Progression der Einkommenssteuer von Einkommen von 50 000 M. an würde ein erheblicher Mehrbetrag ergiebt werden.

Abg. Bär (nachl.): Mit dem Vorlage des Abg. Rüger, die untersten Steuerstufen zu besteuern, könne er sich nicht einverstanden erklären.

Abg. Rübel (nachl.): Die Steuerbefreiungen der Fonds der Allgemeinschaften halte er nicht für richtig, ebenfalls die Steuerbefreiung für außerordentliche Abschreibungen und Schuldentlastung.

Abg. Höhner (nachl.): Nach seinen Erfahrungen sei der südliche Grundbesitz bei der Steuer besterstellt als der ländliche. Daß man die Spezialreservefonds der Allgemeinschaften von der Steuer freilasse, werde im Lande niemals vorhanden werden. Am übrigen befaßtoreder Redner eine Progression der Ergänzungsfeste. Dadurch würden 2 bis 3 Millionen Mark mehr einkommen. Auch durch eine schwärze Progression der Einkommenssteuer von Einkommen von 50 000 M. an würde ein erheblicher Mehrbetrag ergiebt werden.

Abg. Bär (nachl.): Mit dem Vorlage des Abg. Rüger, die untersten Steuerstufen zu besteuern, könne er sich nicht einverstanden erklären.

Abg. Rübel (nachl.): Die Steuerbefreiungen der Fonds der Allgemeinschaften halte er nicht für richtig, ebenfalls die Steuerbefreiung für außerordentliche Abschreibungen und Schuldentlastung.

Abg. Höhner (nachl.): Nach seinen Erfahrungen sei der südliche Grundbesitz bei der Steuer besterstellt als der ländliche. Daß man die Spezialreservefonds der Allgemeinschaften von der Steuer freilasse, werde im Lande niemals vorhanden werden. Am übrigen befaßtoreder Redner eine Progression der Ergänzungsfeste. Dadurch würden 2 bis 3 Millionen Mark mehr einkommen. Auch durch eine schwärze Progression der Einkommenssteuer von Einkommen von 50 000 M. an würde ein erheblicher Mehrbetrag ergiebt werden.

Abg. Bär (nachl.): Mit dem Vorlage des Abg. Rüger, die untersten Steuerstufen zu besteuern, könne er sich nicht einverstanden erklären.

Abg. Rübel (nachl.): Die Steuerbefreiungen der Fonds der Allgemeinschaften halte er nicht für richtig, ebenfalls die Steuerbefreiung für außerordentliche Abschreibungen und Schuldentlastung.

Abg. Höhner (nachl.): Nach seinen Erfahrungen sei der südliche Grundbesitz bei der Steuer besterstellt als der ländliche. Daß man die Spezialreservefonds der Allgemeinschaften von der Steuer freilasse, werde im Lande niemals vorhanden werden. Am übrigen befaßtoreder Redner eine Progression der Ergänzungsfeste. Dadurch würden 2 bis 3 Millionen Mark mehr einkommen. Auch durch eine schwärze Progression der Einkommenssteuer von Einkommen von 50 000 M. an würde ein erheblicher Mehrbetrag ergiebt werden.

Abg. Bär (nachl.): Mit dem Vorlage des Abg. Rüger, die untersten Steuerstufen zu besteuern, könne er sich nicht einverstanden erklären.

Abg. Rübel (nachl.): Die Steuerbefreiungen der Fonds der Allgemeinschaften halte er nicht für richtig, ebenfalls die Steuerbefreiung für außerordentliche Abschreibungen und Schuldentlastung.

Abg. Höhner (nachl.): Nach seinen Erfahrungen sei der südliche Grundbesitz bei der Steuer besterstellt als der ländliche. Daß man die Spezialreservefonds der Allgemeinschaften von der Steuer freilasse, werde im Lande niemals vorhanden werden. Am übrigen befaßtoreder Redner eine Progression der Ergänzungsfeste. Dadurch würden 2 bis 3 Millionen Mark mehr einkommen. Auch durch eine schwärze Progression der Einkommenssteuer von Einkommen von 50 000 M. an würde ein erheblicher Mehrbetrag ergiebt werden.

Abg. Bär (nachl.): Mit dem Vorlage des Abg. Rüger, die untersten Steuerstufen zu besteuern, könne er sich nicht einverstanden erklären.

Abg. Rübel (nachl.): Die Steuerbefreiungen der Fonds der Allgemeinschaften halte er nicht für richtig, ebenfalls die Steuerbefreiung für außerordentliche Abschreibungen und Schuldentlastung.

Abg. Höhner (nachl.): Nach seinen Erfahrungen sei der südliche Grundbesitz bei der Steuer besterstellt als der ländliche. Daß man die Spezialreservefonds der Allgemeinschaften von der Steuer freilasse, werde im Lande niemals vorhanden werden. Am übrigen befaßtoreder Redner eine Progression der Ergänzungsfeste. Dadurch würden 2 bis 3 Millionen Mark mehr einkommen. Auch durch eine schwärze Progression der Einkommenssteuer von Einkommen von 50 000 M. an würde ein erheblicher Mehrbetrag ergiebt werden.

Abg. Bär (nachl.): Mit dem Vorlage des Abg. Rüger, die untersten Steuerstufen zu besteuern, könne er sich nicht einverstanden erklären.

Abg. Rübel (nachl.): Die Steuerbefreiungen der Fonds der Allgemeinschaften halte er nicht für richtig, ebenfalls die Steuerbefreiung für außerordentliche Abschreibungen und Schuldentlastung.

Abg. Höhner (nachl.): Nach seinen Erfahrungen sei der südliche Grundbesitz bei der Steuer besterstellt als der ländliche. Daß man die Spezialreservefonds der Allgemeinschaften von der Steuer freilasse, werde im Lande niemals vorhanden werden. Am übrigen befaßtoreder Redner eine Progression der Ergänzungsfeste. Dadurch würden 2 bis 3 Millionen Mark mehr einkommen. Auch durch eine schwärze Progression der Einkommenssteuer von Einkommen von 50 000 M. an würde ein erheblicher Mehrbetrag ergiebt werden.

Abg. Bär (nachl.): Mit dem Vorlage des Abg. Rüger, die untersten Steuerstufen zu besteuern, könne er sich nicht einverstanden erklären.

Abg. Rübel (nachl.): Die Steuerbefreiungen der Fonds der Allgemeinschaften halte er nicht für richtig, ebenfalls die Steuerbefreiung für außerordentliche Abschreibungen und Schuldentlastung.

Abg. Höhner (nachl.): Nach seinen Erfahrungen sei der südliche Grundbesitz bei der Steuer besterstellt als der ländliche. Daß man die Spezialreservefonds der Allgemeinschaften von der Steuer freilasse, werde im Lande niemals vorhanden werden. Am übrigen befaßtoreder Redner eine Progression der Ergänzungsfeste. Dadurch würden 2 bis 3 Millionen Mark mehr einkommen. Auch durch eine schwärze Progression der Einkommenssteuer von Einkommen von 50 000 M. an würde ein erheblicher Mehrbetrag ergiebt werden.

Abg. Bär (nachl.): Mit dem Vorlage des Abg. Rüger, die untersten Steuerstufen zu besteuern, könne er sich nicht einverstanden erklären.

Abg. Rübel (nachl.): Die Steuerbefreiungen der Fonds der Allgemeinschaften halte er nicht für richtig, ebenfalls die Steuerbefreiung für außerordentliche Abschreibungen und Schuldentlastung.

Abg. Höhner (nachl.): Nach seinen Erfahrungen sei der südliche Grundbesitz bei der Steuer besterstellt als der ländliche. Daß man die Spezialreservefonds der Allgemeinschaften von der Steuer freilasse, werde im Lande niemals vorhanden werden. Am übrigen befaßtoreder Redner eine Progression der Ergänzungsfeste. Dadurch würden 2 bis 3 Millionen Mark mehr einkommen. Auch durch eine schwärze Progression der Einkommenssteuer von Einkommen von 50 000 M. an würde ein erheblicher Mehrbetrag ergiebt werden.

Abg. Bär (nachl.): Mit dem Vorlage des Abg. Rüger, die untersten Steuerstufen zu besteuern, könne er sich nicht einverstanden erklären.

Abg. Rübel (nachl.): Die Steuerbefreiungen der Fonds der Allgemeinschaften halte er nicht für richtig, ebenfalls die Steuerbefreiung für außerordentliche Abschreibungen und Schuldentlastung.

Abg. Höhner (nachl.): Nach seinen Erfahrungen sei der südliche Grundbesitz bei der Steuer besterstellt als der ländliche. Daß man die Spezialreservefonds der Allgemeinschaften von der Steuer freilasse, werde im Lande niemals vorhanden werden. Am übrigen befaßtoreder Redner eine Progression der Ergänzungsfeste. Dadurch würden 2 bis 3 Millionen Mark mehr einkommen. Auch durch eine schwärze Progression der Einkommenssteuer von Einkommen von 50 000 M. an würde ein erheblicher Mehrbetrag ergiebt werden.

Abg. Bär (nachl.): Mit dem Vorlage des Abg. Rüger, die untersten Steuerstufen zu besteuern, könne er sich nicht einverstanden erklären.

Abg. Rübel (nachl.): Die Steuerbefreiungen der Fonds der Allgemeinschaften halte er nicht für richtig, ebenfalls die Steuerbefreiung für außerordentliche Abschreibungen und Schuldentlastung.

Abg. Höhner (nachl.): Nach seinen Erfahrungen sei der südliche Grundbesitz bei der Steuer besterstellt als der ländliche. Daß man die Spezialreservefonds der Allgemeinschaften von der Steuer freilasse, werde im Lande niemals vorhanden werden. Am übrigen befaßtoreder Redner eine Progression der Ergänzungsfeste. Dadurch würden 2 bis 3 Millionen Mark mehr einkommen. Auch durch eine

